

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Veraprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Veraprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hohannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 268.

Mittwoch, den 15. November 1905.

12. Jahrg.

Wählt die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Was wollen die Sozialdemokraten?

Zunächst der bevorstehenden Bürgerkassawahlen wird von unseren Gegnern die Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie beschleiere ihre Ziele; sie behaupten nur, wenn sie sagen, daß sie sich um Gegenwartsaufgaben kümmern. Ihr Ziel sei der Zukunftsstaat. Mit diesen Wägungen glaubt man gegnerischerseits, die indifferenten Wähler für sich einzufangen, sie von der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels abhalten zu können.

Wer da sagt: wenn wir nicht vom Zukunftsstaat reden, beschleieren wir unser Ziel, der sagt die Unwahrheit.

Unser Ziel ist nicht der Zukunftsstaat, sondern unser Ziel ist die Befreiung des Proletariats von seinen gegenwärtigen Leiden. Der Sozialismus besteht nicht darin, sich im Kopf eine zukünftige Gesellschaftsordnung auszumalen, wie sie sein könnte und möchte, sondern darin, mit Ernst und Eifer nach Mitteln zu suchen, um die gegenwärtigen Leiden zu beseitigen. Dazu gehört in erster Linie die Erkenntnis der gegenwärtigen Zustände, wie sie wirklich sind. Man mag das Wort von Karl Marx durchstudieren von vorn bis hinten, nirgends wird man darin die Ausmalung eines Zukunftsstaates finden, sondern überall nur die Erforschung der gegenwärtigen Verhältnisse; und ihrer treibenden Ursachen.

Jetzt muß zugegeben werden, daß alle erkennbaren Menschen, auch wenn sie anderen Parteien angehören, die Befreiung der gegenwärtigen Leiden ebenfalls wünschen. Der Unterschied zwischen ihnen und uns liegt nicht in dieser Forderung, sondern in der Erkenntnis der Mittel, die zu ihrer Beseitigung führen. Seit Jahrtausenden, solange wir überhaupt von der menschlichen Geschichte etwas wissen, ist man überzeugt, daß die Menschen im großen ganzen tun, was sie wollen. Also sind sie an ihrem Unglück selbst schuld. „Jeder ist seines Glückes Schmied“, dieses Sprichwort drückt die bürgerliche, bis vor etwa 50 Jahren allein bekannte Auffassung treffend aus. Daraus bauten sich alle Maßnahmen auf, die man zur Beseitigung des Elends vorschlug und von jener Seite noch heute vorschlägt. Sind die Arbeiter arm, so liegt das an ihrer Faulheit und Trägheit. Man rät ihnen also, mehr zu arbeiten und weniger zu saufen, man sagt ihnen: Bessert euch selbst, dann wirds euch auch besser gehen — und damit ist die Sache erledigt.

Man hat man diese guten Rezepte, wie bereits gesagt, seit festlichen Jahrtausenden empfohlen. Es ist auch wohl anzunehmen, daß die Menschen verschiedener Zügel verschieden haben, sie anzuwenden. Geholfen haben sie aber nichts. Not und Elend sind geblieben, haben sich sogar je nach den Zeitumständen noch verstärkt. Deshalb muß man schließlich wohl zu der Erkenntnis kommen, daß die Voraussetzung dieser Rezepte, nämlich der Satz: „Jeder ist seines Glückes Schmied“, falsch sein muß. Jegliche Leistung die historische Wissenschaft eine große Menge von Kenntnissen, die schließlich in ihrer logischen Folge zu dem geraden Gegenteil jenes Satzes führen, nämlich zu dem Satz: „Der Mensch ist das Produkt seiner Verhältnisse“.

Diese Erkenntnis stammt in ihren ersten Anfängen nicht von Sozialisten. Wir werden uns niemals der Uebertreibung schuldig machen, zu verkennen, wieviel die historische Wissenschaft — und darunter in hervorragendem Maße auch die deutsche — dazu beigetragen hat, daß diese Erkenntnis endlich möglich wurde. Viele Arbeiter begannen zu einer Zeit, als es noch gar keine Sozialdemokratie gab, und sie werden bis auf den heutigen Tag fortgesetzt von Männern, die nichts mit der Sozialdemokratie gemein haben. Es gibt glücklicherweise unter den deutschen Historikern eine ganze Reihe von Männern, denen es einzig und allein um Erforschung der Wahrheit zu tun ist und die sich durch keinerlei Rücksichten von gründlichem Eindringen in ihren Stoff zurückhalten lassen. Von den Nationalökonomern kann man das leider nicht sagen. Sie hüten sich im allgemeinen davor, in die Tiefe zu steigen, aus instinktiver Furcht, unangenehme Wahrheiten zu entdecken. Auf diesem Gebiet waren es nur die Sozialisten, allen voran Marx, die durch ihre Forschungen das gleiche Ergebnis lieferten.

Ist also jene Erkenntnis der gemeinsamen Arbeit wissenschaftlicher Forscher gebandt, so sind es doch allein die Sozialisten gewesen, die sie zur praktischen Verwendung heran-

zogen. Ist der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse, so liegt die Ursache seines Elends nicht in ihm, sondern in den Verhältnissen, in denen er lebt. Dann helfen aber alle guten Ratschläge nichts, sondern dann müssen die gesamten Lebensverhältnisse geändert werden. Diese Lehre ist durchaus revolutionär, das zeigt sich besonders klar auf volkswirtschaftlichen Gebiet. Hier hat Marx nachgewiesen, daß das Elend des Proletariats verschuldet ist durch die kapitalistische Produktionsweise. Soll dem Proletariat geholfen werden, so muß die kapitalistische Produktionsweise beseitigt werden. Das bedingt eine vollständige Umwälzung der gesamten Produktion, und diese muß eine ebenso radikale Umwälzung aller Lebensverhältnisse nach sich ziehen. Natürlich ist mit dieser Erkenntnis noch durchaus nicht jedes Problem gelöst. Vielmehr ist hier noch ein reiches Arbeitsfeld für die sozialistische Theorie. Ihre Aufgabe ist es, nun die gesamten Lebensverhältnisse des Proletariats nach allen Richtungen hin zu durchforschen und für jeden einzelnen Mangel die bestimmten Ursachen aufzudecken, damit sie im Stande ist, die Wege zur Beseitigung dieser Ursachen aufzuweisen.

Was aber die praktische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei anlangt, so hat sie die Wähler und die Volksmassen darüber aufzuklären, daß alle die Hilfsmittel für soziale Schäden, die von den alten Parteien vorgeschlagen werden, Karapuzereien sind, weil sie alle auf dem falschen Grundsatze beruhen: Hilf dir selber. Sie alle aber wollen die Wurzel des Übels, die kapitalistische Produktionsweise, beibehalten. Dadurch wird notwendigerweise das Übel immer wieder neu geboren. Es müssen also unsere Agitatoren jeden einzelnen Mangel, der das Proletariat drückt, und zwar heute drückt, zur Sprache bringen; sie müssen nachweisen, daß und wie er aus der kapitalistischen Produktionsweise notwendig entspringt, und daß folglich nur die sozialdemokratische Forderung: Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, ihn abheilen kann. Kommt ihnen ein Gegner mit dem angeblichen Zukunftsstaat in die Quere, so müssen sie zeigen, daß dies ein hinterlistiger Trick ist, um der Erörterung gegenwärtiger Mängel abzuschweifen, und dürfen sich nicht scheuen zu erklären: ein erdichteter Zukunftsstaat hat mit dem Sozialismus gar nichts zu tun. Unsere Arbeit ist nur Gegenwartsarbeit.

Freilich ist die Erkenntnis, daß der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse ist, nur der erste Schritt zum Sozialismus. Wir wissen auch schon eine ganze Reihe von Mitteln, um die Schäden auf wirtschaftlichem Gebiet (die Entzweiung von Kapital und Arbeit) an der Wurzel treffen. Da ist in erster Reihe die Aufgabe des Privatgeldeums an Produktionsmitteln und ihre Übernahme in gemeinschaftlichen Besitz. Dies gehört wesentlich mit zum Sozialismus und muß natürlich bei einer Darlegung des Sozialismus gesagt werden, um nachzuweisen, daß alle, die sich dem entgegenstellen, dem arbeitenden Volke niemals helfen werden. Weiter ist klar, daß eine solche Maßregel einmal durchgeführt, ganz bestimmte Folgen nach sich ziehen würde. Der Handel im heutigen Sinne wäre damit verschwunden, ebenso die Entlohnung der Arbeit in der heute üblichen Weise; vermunkelt wäre auch das Geld überflüssig. Über die neue Organisation der Arbeit läßt sich ebenfalls einiges voraussehen, und es wird unter Umständen möglich sein, solche Ausblicke in die Zukunft bei der Agitation anzubringen. Aber das ist offenbar ganz etwas anderes, als die Ausmalung eines Zukunftsstaates. Denn es ist kein Phantasieren darüber, was unsere Nachkommen tun sollen, sondern die nüchternste Feststellung von Tatsachen und Zuständen, die eintreten müssen, wenn ganz bestimmte Maßnahmen ergriffen werden zur Beseitigung der heutigen Not.

Also Gegenwartsarbeit, nur Gegenwartsarbeit ist es, was wir treiben.

Deshalb fordern wir alle Bürgerkassawähler auf, am Freitag ihre Stimme dem

Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben.

Deutschland.

Wegen Majestätsbeleidigung drei Jahre Gefängnis! Die Staatsanwalter zu Regensburg verdächtigten in ihrer letzten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Sitzung einen den noch nicht zwanzig Jahre alten Gelehrten

„Arbeiter“ Ryschka drei Jahre Gefängnis. Der jugendliche Angeklagte war früher in einer Rettungsanstalt untergebracht gewesen und hatte zu befürchten, daß er nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe wiederum einer barsigen Anstalt übergeben würde. Da er aber im Gefängnis bleiben wollte, schrieb er aus dem Gefängnis heraus an eine anscheinend fingierte Adresse einen Brief, der von den geblühten Majestätsbeleidigungen sprach. Dieses Schreiben mußte, wie alle Scherzstücke der Gefangenen, der Vorchrift gemäß die Besur passieren; es wurde wegen eines Fehlers von der Gefängnisverwaltung angehalten und Strafanzeige gegen den Verfasser erstattet. Dieser wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt! — Was kann der monarchische Gedanke aus einer solchen Beurteilung mit einer solchen Vorgeschichte gewinnen?

Prinz Arenberg Staatssekretär der Kolonien? Wie die „Mit.-Pol. Corr.“ erfährt, wird in gewöhnlich gut unterrichteten kolonialen Kreisen mit Bestimmtheit die bevorstehende Umwandlung der Kolonialabteilung in ein Reichsamt darauf zurückgeführt, daß der Zentrumskabine ordnete Prinz v. Arenberg nur unter dieser Voraussetzung zur Annahme des neuen Postens bereit sein soll. Von parlamentarischer Seite wird bestätigt, daß diese Nachricht insoweit den Tatsachen entspricht, als auch ein anderer oft genannter Kandidat aus dem Reichstage ebenfalls die Bedingung gemacht hat, nur als selbständiger Staatssekretär die Leitung der kolonialen Geschäfte zu übernehmen. Graf v. Götzen, dessen Kandidatur noch vor kurzem allein in Frage kam, dürfte zunächst noch in Disfokul bleiben, um dort Ruhe zu schaffen. Die ihm einer Person aus Regierungskreisen nach für: später angebotene Stellung eines Unterstaatssekretärs im neuen Reichsamt soll den Wünschen des Grafen nicht entsprechen. Dafür scheint dem Grafen Götzen zugestimmt worden zu sein, daß er, sobald die Aufstufungsfrage behoben ist, im diplomatischen Dienst an leitender Stelle (als Gesandter) Verwendung findet. — Prinz Arenberg ist Vorsitzender der Abteilung Berlin Charlottenburg der Deutschen Kolonialgesellschaft und hat seit der Ausrückung des Zentrums in kolonialen Kreisen. Und da das Zentrum die „regierende Partei“ ist, auf deren Wohlwollen die Regierung angewiesen ist, so hat die vorstehende Meldung einiges für sich.

Die Stichwahl in Eisenach-Deubach findet am Freitag, den 17. November, statt.

„Wählerfolgboten.“ Dem Gesundheitsamt ist eine weitere Abart des Virus gefolgt, das Wählerfolgboten, das in der konservativen „Babischen Post“ ein No verbant aus dem Brettener Wahlbezirk, in dem der konservative Rechtsanwalt Schmidt in der Stichwahl mit Zentrumshilfe gewählt wurde, entdeckt hat. In dem Artikel heißt es u. a.: „Aber ein Moment, das sich freilich der offenkundigen Beobachtung entzieht, ist nicht hervorzuheben. Es ist für den Sieg der positiven Sache mit Aufbietung aller Kraft gearbeitet, aber es ist auch viel dafür gebetet worden. Viele haben im Sinn und mit den Worten des 20. Psalmes gebetet: „Jene verlassen sich auf Wagen und Ross, wir aber rufen an den Namen des Herrn, unseres Gottes.“ Und nach dem Sieg hat mehr als einer es ausgesprochen: „Das haben nicht wir getan, das hat Gott getan.“ Darum, wenn wir uns mit den Worten des 20. Psalmes danken dürfen: „Sie sind niedergebückt und gefallen; wir aber stehen aufgerichtet“, so darf nicht Selbstgefühl oder gar Eshadersude die Sieger erfüllen, sondern Freude und Dank muß von dem Grundton durchzogen sein: „Seht unserm Gott die Ehre!“ — In Bretten ist den frommen Konservativen eigentlich nicht vom Himmel, sondern von den Zentrumskleuten geholfen worden. So ist wären die Frommen gar elendiglich durchgefallen. Nichtsmal müssen die Konservativen schon ein wenig energischer beten.

Menschenopfer unerhört! Gouverneur Graf Götzen telegraphiert unter dem 10. November, daß am 8. November während einer Meldung der Station Kilo 11 über einen gegen dieselbe gerichteten Angriff die telegraphische Verbindung unterbrochen worden sei. Eine Person liege bis jetzt nicht vor. In und bei Kilo 11 befinden sich heute Versammlungen. Umbricht Friedhelm Colberg, Unteroffizier Graf und etwa 60 Mann. Ein Teil der Marine Infanterie ist gestern von Morogoro auf Kilo 11 abmarschiert. Von Brunsberg meldet das

vortige Bezirksamt über Kapstadt, daß die Aufständischen bei Songen in fünf Geschichten geschlagen worden und große Verluste erlitten. Die verletzten Abteilungen des Bezirkskommandos Richter, Hauptmanns Nigmann und Leutnants Klinghardt haben am 21. Oktober bei Rhambengo Songen ohne eigene Verluste 4000 Waungoni geschlagen. Der Feind hatte schwere Verluste. Die Zahl der Aufständischen zeigt, welchen Umfang der Aufstand angenommen hat. Doch hofft man, der Gebirgsführer Herr werden zu können, da die Gefechte bisher nur in einseitigem Blutvergießen bestanden. Die Zahl der niedergeschossenen Eingeborenen dürfte bereits in die Tausende gehen. So verbreitet man Kultur und Sittung im schwarzen Erdteil!

Zur Fleischnot. Der heutige Städtetag wird zur Beratung von Maßregeln gegen die Fleischnot am 27. November, voraussichtlich in den Räumen des preussischen Abgeordnetenhauses, zusammentreten.

Zu der Frage der zehnstündigen Arbeitszeit für weibliche Arbeiter in den Baumwollspinnereien hat der Ausschuss des Zentralverbandes der Industriellen folgende Resolution angenommen: 1. Der Zentralverband spricht sich mit Entschiedenheit gegen jede weitere Verkürzung der gegenwärtig zulässigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch Gesetz aus, in voller Übereinstimmung mit allen seinen Mitgliedern, insbesondere mit den Vertretern der Fabrikanten, welche weibliche Personen in großem Umfange beschäftigen. 2. Der Zentralverband verlangt, daß dem Arbeitgeber im Hinblick auf die Erhaltung seiner Wettbewerbsfähigkeit, auf die wechselnde Geschäftslage und auf die Eigenart seines Betriebes, wie vor der freien Entschließung gewahrt bleibe, in den durch die bestehenden Gesetze gezogenen Grenzen die Arbeitszeit, sowie entsprechende Löhne in seinem Betriebe zu bestimmen und festzustellen. 3. Der Zentralverband hält an diesem Standpunkte fest, weil auf diesem Wege im Verlauf der Jahre die früher lange Arbeitsdauer auf ein den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechendes Maß zurückgeführt worden ist. 4. In der Überzeugung, daß dieser Vorgang sich auch weiter vollziehen wird, erneuert der Zentralverband seinen Einspruch gegen jede weitere Einschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen durch Gesetz; er hält daher an seinem von der Versammlung der Delegierten am 5. Mai d. J. gefassten Beschlusse fest. 5. Die Stellungnahme des Zentralverbandes kann dadurch nicht in Frage gestellt werden, daß der Kreis der Arbeitgeber sich erweitert, die aus freier Entschiedenheit zu einer längeren als der gegenwärtig zulässigen zehnstündigen Beschäftigung der weiblichen Personen bzw. zu der zehnstündigen Arbeitszeit überhaupt übergehen, denn der Zentralverband hat sich weder für die Beibehaltung der zehnstündigen, noch gegen die Einführung einer längeren Arbeitszeit ausgesprochen, insofern sie freiwillig von dem Arbeitgeber eingeführt wird. — Es ist der Geist der brutalen Arbeitsherrenschaft, der aus dieser Landgebung, die gegen eine durchaus notwendige Reform sich richtet, spricht.

Fromme und tapfere Soldaten, aber keine Helden will der Kaiser in jeder Armee haben. So hat er bei der Rekrutierung der 1. Division in Potsdam in einer Ansprache verkündet, die nach dem „Berl. Volk-Anz.“ lautete: „Ihr steht hier am Altar; auf demselben steht ein Kreuz, das Symbol aller Tugenden. Als solche schenket ihr eure dem Vaterland. Ich wünsche und hoffe, daß ihr dieses Schwures stets eingedenk bleibt. In diesem Augenblicke steht eine denkwürdige Epizode vor meinem Auge. Als Kaiser Napo III. von Österreich dem kaiserlichen Prinzen Eugen den Oberbefehl über die Armee übertrug und ihm den Reichskriegsstand überreichte, sprach Prinz Eugen das Kreuz und hielt es mit dem Worte in die Höhe: „Dieses soll unser Generalissimus sein!“ Solche Gesinnung erwarte ich von Euch; ich will nur eine und tapfere Soldaten in meiner Armee und keine Spötter. Euch wird der Vorgesetzte sein, in dem Reiche der Erde in Potsdam zu stehen, wo Euch auf Schritt und Tritt die Augenblicke des großen Soldatenlebens, der nicht weit von hier seine letzte Ruhestätte hat, und an die schmerzliche Geschichte Europas gemahnen. Folgt Euch dieser Aufgabe mit besonderer Übung selbstlicher Tugenden würdig und gibt das Gedächtnis eurer Vorfahren, Euerer und Eurer Väter.“ — Daß die Forderung nicht den guten Soldaten macht, darüber hat sich allerdings der öffentliche Krieg die besten Beweise geliefert. Das heißt aber auch das Beispiel des Kaisers Eugen. Mit jener Schwärze wird es nicht ganz mit der Gerechtigkeit, daß jenseitig die Soldaten des Kaiserreichs nicht der unter Umständen vorgezogen, das er sich bestimme. Seine angebliche Forderung hat ihn als geborenen Herrscher im Reiches nicht geliebt, im höchsten Maßgrade gegen Frankreich zu kämpfen, als seine Hauptaufgabe zu machen. Die Soldaten aber, mit denen er diese Aufgabe löste, waren nicht weniger als jenseitig. Sie verstanden sich von hundert Jahren nicht weniger, nicht aber mit den Waffen ausgerüstet und waren von der Soldatenwelt losgerissen. Sie wußten auch nicht mehr Soldaten in ihren Reihen gesucht haben, als heute gemeinhin in Deutschland ist. Das hat die Sache nicht geändert, nicht aber kann gefordert werden, daß die Waffen der Soldaten nicht mehr gekämpft. Die Revolution hat alle nicht.

Küchlin Jakob v. Putzamer. Der Generalmajor von Putzamer ist, wie immer, beständig beschäftigt, von dem Kaiser zu sprechen. Die Kaiserliche Hofkammer hat die allgemeine Angelegenheit mit dem Reichskriegsstand. Er ist am dem Kaiser Reichskriegsstand wurde er: kaiserliche Generalmajor ist Reichskriegsstand. Das hat die Kaiserliche Hofkammer am 27. November beschlossen. Das hat die Kaiserliche Hofkammer am 27. November beschlossen. Das hat die Kaiserliche Hofkammer am 27. November beschlossen.

Der Reichstag wird am 27. November in der Reichshausung in Berlin abgehalten. Der Reichstag wird am 27. November in der Reichshausung in Berlin abgehalten. Der Reichstag wird am 27. November in der Reichshausung in Berlin abgehalten.

Verhandlung in dem aufsehenerregenden Gotteslästerungsprozess gegen den Divisionspfarrer Bachstein, einem ehemaligen katholischen Geistlichen, aus Minden statt. Bachstein hat sich nach Ansicht des Gerichtsherrn, der die Anklage erhoben hat, der Beschimpfung der katholischen Kirche schuldig gemacht, und zwar wird diese Beschimpfung erblickt in einer Rede, die Bachstein am 19. Januar 1905 im Dnabrücker Zweigverein des Evangelischen Bundes gehalten hat. Das Thema lautete: „Ein Blick in die Seele des Ultramontanismus.“ Wegen dieses Vortrages wurde Bachstein unter Anklage gestellt. Er sollte das Papsttum herabsetzen und den Marienkult beschimpfen haben. Das Kriegsgericht der 13. Division sprach Bachstein von der ihm zur Last gelegten Anklage aber frei. Der Gerichtsherr legte jedoch gegen dieses freisprechende Urteil Berufung beim Oberkriegsgericht des 7. Armeekorps ein. Doch auch dieses kam zu einem Freispruch. Das Oberkriegsgericht hatte die in Betracht kommende Frage, ob das Tatbestandsmerkmal der Differenziertheit bei jener Versammlung in Dnabrück erfüllt gewesen sei, verneint. Gegen die Entscheidung des Oberkriegsgerichts legte der Gerichtsherr Revision beim zweiten Senat des Reichsmilitärgerichts ein. Das Reichsmilitärgericht hob das Urteil des Oberkriegsgerichts auf und verwies die Sache zur anderweitigen Entscheidung an die Berufungsinstanz zurück, um zu prüfen, ob der Angeklagte nicht mit dem dolus eventualis zu fassen sei. Dieser liege vor, wenn Bachstein sich bewußt sein wußte, daß auch Katholiken ihm zuhören. So kam der Blick in die ultramontane Seele zum vierten Male vor Gericht. Der Angeklagte stellt sich wie in früheren Verhandlungen auf den Standpunkt, daß ihm erst während des Vortrages der Gedanke gekommen sei, es könnten auch Katholiken anwesend sein. Er habe deshalb auf die Möglichkeit einer unerlaubten Anwesenheit eines Katholiken Rücksicht nehmend, betont, daß er nicht gegen Menschen spreche, daß er Menschen nicht hassen wolle und könne, sondern es handle sich bei dem Vortrage um einen Kampf gegen das System. Zunächst hat Bachstein dann die spanische Inquisition besprochen und dargetan, daß der heutige „Ultramontanismus“ als System nichts anderes sei als der „Katholizismus des Ignatius von Loyola und des Rozis von Trent.“ Der „Ultramontanismus“ sei keine besondere Richtung des Katholizismus, sondern dieser sei der volle „Ultramontanismus“, der alle Glieder des Katholizismus mundtot machte und ächtete, die doch abseits ständen. Um diesen Katholizismus zu schildern, zog er Namen und Kreuz Christi, das Altarsakrament mit den übrigen Sakramenten, Maria und die Heiligen, Priesterchaft, Bischofsamt und Papsttum heran. Zur Verherrlichung des letzteren dient nach Bachsteins Ansicht alles. Zu dieser nach Ansicht des Einberufers nicht öffentlichen Versammlung hatte sich auch ein Vertreter der katholischen Dnabrücker „Volkstimme“ eingefunden und auf Grund des Berichtes dieses Herrn wurde überhaupt erst gegen Bachstein die Anklage erhoben. Der nach Behauptung des Angeklagten einseitig entfallene Bericht dieses Dnabrücker Zentrumsblattes gab die angeblich belächelten Äußerungen über die katholische Kirche nämlich ausführlich wieder. So soll Bachstein die Messe einen Heulappell genannt, ferner sich verlegend über die Verwendung von Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi durch die katholischen Priester ausgesprochen haben. Auch über den in der katholischen Kirche noch herrschenden Wunderglauben hatte Bachstein spöttische Bemerkungen gemacht, durch die sich der Redaktoren Fuchs in seinem religiösen Empfinden verletzt fühlte. Der Redakteur Fuchs bestritt als Jüngling, daß er sich gewissermaßen eigensümmelt habe, er habe die Versammlung für eine öffentliche gehalten. Der Einberufer jener Versammlung, Pfarrer Hoffmann-Dnabrück, behauptet demgegenüber, daß nur Evangelische Zutritt hatten. Somit fordert die neue Beweisaufnahme nichts anderes zutage als die früheren Verhandlungen. Das Urteil soll am 14. November publiziert werden.

Sozialdemokratische Erfolge bei den Gemeindevahlen. In Schweinfurt eroberten unsere Genossen alle drei Mandate der dritten Klasse. — In Sevelsberg kamen zwei Genossen in die Stichwahl. Bei der Wahl in Guben stieg die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen von 208 bei der vorigen Wahl auf 377 an. — Die Wahl in Landshut brachte zwei Genossen in die Stichwahl, einem Genossen fehlte nur eine Stimme an der absoluten Majorität. — In Hohenhausen ist die Arbeiter in's Gemeindeparlament ein. — Die Reichsvereine in Mansfeld haben veräußert; ihr Kandidat erhielt nur 15 Stimmen gegen 90, die der Kandidat der Reichsvereine erhielt. — Drei Genossen und ein Bürgerlicher kandidierten für die nächsten 6 Jahre die dritte Abteilung im Elbinger Rathaus. — In Aschaffenburg erhielten die Sozialdemokraten 117 Stimmen, genau so viel wie unsere Genossen. — In der Stichwahl gilt der Reichsverein als gewählt. Unser Genosse ist leider der Verlierer. — Sechs Genossen traten bei der Wahl in Merseburg in die Stichwahl. — In Göttingen hatten wir in der dritten Abteilung auch das dritte Mandat. — 600 Stimmen Bewachs (40 Prozent) ergaben wir in Krefeld. — Zum ersten Mal gingen in der Stichwahl in Jüterbog Sozialdemokraten ein. Bei der Rathshauswahl in Stadthagen erhielten die Sozialdemokraten 71 Stimmen, während es die Gegner nur auf 61 brachten.

In „Hollern“ hat das Zentrum noch die Macht und in der dritten Klasse. Aber es geht doch vorwärts mit der Arbeiterbewegung. Das Zentrum erhielt bei den jüngsten Wahlen 9160 die Sozialdemokraten 2600 und die Liberalen etwa 2900 Stimmen. 1903 wählte die Sozialdemokratie nur 1255, 1901 gar nur 820 Stimmen. Die Stimmenzahl hat sich in zwei Jahren also reichlich verdoppelt, obwohl erst bei 900 die Stichwahlberechtigung beginnt.

Schweden. Acht Monate Gefängnis für ein Friedensmanifest. Als im vergangenen Sommer die Spannung zwischen Schweden und Norwegen den höchsten Grad erreicht hat und die schwedische Reichsversammlung sich dem Kaiser gegenüber, veröffentlichte der Reichspolitiker, Mitarbeiter der sozialdemokratischen Zeitung „Arbetaren“ in Göteborg, im Auftrag des Kongresses der schwedischen sozialdemokratischen Jugendvereine ein Manifest gegen die schwedische Kriegspolitik. In dem Manifest heißt es unter anderem: „Es ist ein Verbrechen,

Schweden friedliches Volk zu einem Kriege gegen das Nordvolk aufzuführen. Es ist der unumstößliche Beschluß der Arbeiter und der arbeitenden Jugend Schwedens, niemals dem Befehle, zu den Waffen zu greifen, nachzukommen. Schwedens Arbeiter sind bereit, die Arbeit niederzulegen im ganzen Lande, um so den Krieg zu verhindern. Schwedens arbeitende Jugend ist von dem Gedanken besetzt, daß es ihre Pflicht ist, bei einer Mobilisierungsbewegung sich zu weigern, unter der Fahne zu erscheinen, da sie wohl weiß, daß die Waffen nur gegen die Norweger gerichtet werden sollen. Der sozialdemokratische Jugendkongress stellt es den Arbeitern und Bauern ringsum im Lande anheim, überall Massenversammlungen zu veranstalten mit der Losung: „Friede mit Norwegen!“ Die herrschenden Klassen in Schweden denken aber anders. Sie betrachten ihr verbrecherisches Wühlen zum Kriege als seine patriotische Tat und des hochherzige Friedensmanifest als ein Verbrechen. Das Gericht verurteilte den Genossen Höglund für seine Friedenslandgebrag zu acht Monaten Gefängnis.

Norwegen. Des Menschen Wille ist kein Himmelreich! Im gestrigen Tage fand in Norwegen eine Volksabstimmung darüber statt, ob Prinz Karl von Dänemark fortan als „Herrscher von Gottes Gnaden“ die Norweger regieren sollte. Nach dem bisher festgestellten Resultat hat das Volk die Frage mit Dreivierteln Mehrheit bejaht. Bis gestern Abend 10 Uhr lag das Ergebnis der Volksabstimmung aus 358 Wahlkreisen vor. Danach stimmten 167431 mit Ja, 41226 mit Nein. In Kristiania wurden 24027 Stimmen mit Ja, 5960 mit Nein abgegeben. Der republikanische Gedanke hat also in Norwegen noch nicht festen Fuß genug gefaßt. — Der Dänenprinz bestigt also jetzt als Herrscher von Gottes Gnaden den norwegischen Königsstern!

Monarchistenpöbelien. Es ist ja leicht begreiflich, daß die norwegischen Königschwärmer aus Mangel an Versammlungsräumen zu allerlei mehr oder minder unzulässigen Mitteln greifen, damit die Thronbesteigung ihres Schwärmers nicht allzu lässig ausfällt. Aber daß sie zu so verbrecherischen Pöbelien imstande seien, wie sie jetzt aus Fiebrishald gemeldet werden, hätte man doch kaum für möglich gehalten. Hier sprachen am Mittwoch die Republikaner Gunnar Haiberg und Storchingmann Raaberg in einem zum Maß von Monarchisten gefüllten Saal. Gegen die Redner wurde in der Versammlung stark demonstriert, aber man hielt sich doch innerhalb gewisser Grenzen. Vor dem Saal hatte sich aber ein Monarchistenpöbel angesammelt, der alle Rücksicht auf Anstand, gute Sitte und Geselligkeit außer Acht ließ. Unter Heulen und Weifen fand man fortgesetzt Steine durch die Fenster des Versammlungslokals und zertrümmerte ungefähr 30 Scheiben. Glas splitter und Steine regneten förmlich auf die Versammlung nieder, so daß zeitweise eine Panik zu entstehen drohte. Selbst als die Versammlung vorüber war, sah die diese Komitgarde des neuen Königtums den Skandal fort, bis endlich die Polizei kam und sie auseinandertrieb. Besser erging es unserem Parteigenossen Dr. Eriksen, der in Verwid zur selben Zeit über die Republik sprach. Wohl hatten sich im Saal des Arbeitervereins auch eine Anzahl monarchistischer Spießbürger eingefunden, aber sie stellten bald ihr Pfeifen und Räumen ein, so daß die Versammlung ruhig zu Ende geführt werden konnte. Uebrigens haben sich in Kristiania schon viele Leute auf die finanzielle Ausbeutung der Empfangsfeierlichkeiten für den neuen König vorbereitet! Man rechnet sicher damit, daß die Volksabstimmung zu seinen Gunsten ausfällt und daß Halon IX. oder VII. (unter welcher Nummer er seine Krone übernehmen soll, darüber herrscht noch eine gewisse Uneinigkeit; es scheint jedoch, daß man sich jetzt für die Zahl VII entschieden hat) dann bereits über 14 Tage seinen Einzug halten werde. Bei den Hotels laufen bereits seit einem Monat Bestellungen auf Zimmer für den Einzugtag ein, und in der Karl-Johanns-Straße wurden schon Preise von 50 Kronen pro Zimmer erzielt. Privatleute in den Hauptstädten verlangen für die Benutzung ihrer Fenster 200 Kronen. Ohne Zweifel werden die Preise, je näher der Tag heranrückt, immer mehr steigen. Auch in Trondhjem, wo nach althergebrachter Weise die Krönung vorgenommen werden soll, bereitet man sich schon auf die finanzielle Ausbeutung der gaffelhaften Fremden vor. Ein Hauptkapital wäre es, wenn die Volksabstimmung dieser Gesellschaft einen derben Streich durch die Rechnung machen würde, aber dazu scheint leider wenig Aussicht vorhanden zu sein.

Rußland. „Ruhe.“ Wie amtlich die „Ruhe“ im Reiche des Zaren hergestellt wird, darüber gibt Aufschluß eine Mitteilung des Petersburger „Standard“. Korrespondenten. Derselbe erklärt, ihm habe eine Mitteilung an die Redaktion der russischen amtlichen Nachrichten Agentur vorgelegen, die darin anzuweisen wird, jeden Abend für ein Berliner Telegraphen-Bureau eine Depesche mit günstigen Nachrichten über Rußland, zum Beispiel über die Wiedereinstellung der Ordnung und die Einleitung von Untersuchungen wegen der Unruhen, zu verfassen. Das russische Telegraphen-Bureau steht in den engsten Beziehungen zu Witte. In Petersburg meint man, diese Beauftragung der Presse bedeute, daß die Unterhandlungen über eine neue russische Anleihe energisch wieder aufgenommen werden sollen. Daneben wird aber jedenfalls auch noch bezwacht dafür zu sorgen, daß die russische Revolution in Asien als beendet gelte, was wiederum auf die revolutionäre Bewegung einflüßend wirken würde.

Unter solchen Umständen kann man also auf die Möglichkeit der russischen Revolution nicht bauen. Dennoch aber fihert trotz dieser Maßregel so manches durch. So wird aus Moskau gemeldet: Unter der Mannschaft des 81. Apcheranischen Infanterie-Regiments in Wladikawkas ist eine Revolte ausgebrochen. Die Revolutionäre verlangen die sofortige Entlassung nach der Heimat oder, falls diese unmöglich ist, eine Auslieferung ihrer Lage, die Befreiung ihrer Familien und Amnestie für die politischen Vergehen der Verhafteten. Bis zur Erfüllung dieser Forderung kündigen die Revolutionäre den Gehorsam auf. Eine weit gefährlichere „Revolte“ wird aus Wladikawkas gemeldet: Auf Befehl des Generals Grewitsch ist

ten sämtliche im Umgebungsgebiet befindlichen Reservisten nicht vor März nach Hause transportiert werden. Deswegen und wegen der in Warschau herrschenden kolossalen Teuerung begannen gestern die Soldaten und Militärs zu meutern, Matrosen, Matrosen und Polizeimänner zu demobilisieren. Sie verweigern den Dienst. In der Stadt werden Truppen konzentriert.

Aus Wien wird berichtet, daß die deutsche Post fehlt. Man befürchtet, durch Polen abgeblockt zu sein. — In verschiedenen Städten wurde die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

In Kronstadt beginnt jetzt die Massenanschläge. Es wird gemeldet: Das Kriegsgesicht in Kronstadt verurteilte am 300 Vorkämpfer zum Tode. Die Vollstreckung soll heute erfolgen. Einige Blätter protestieren gegen diesen Massenmord.

Das „Kleine Journal“ bringt die folgende Korrespondenz aus dem von circa 60 000 Arbeitern bewohnten Dombröwer Bezirk: „Im Sosnowice, Dombröwaer Arbeiter hat die Arbeitergesellschaft, d. h. der sozialdemokratischen Parteien, fortgesetzt die Oberhand. Gegen ihre Anordnungen magt sich niemand aufzulehnen, auch nicht einmal die Vorgesetzten oder das Militär. Die neueste Erregung ist der neuen Garde ist die Bildung der Arbeiter Polizei, welche schon am Mittwoch in Sosnowice ihr Amt angetreten hat, während man in Bendzin und Dombröwa folgen wird. In Sosnowice suchte eine Arbeiterdeputation den Polizeimeister Kononberg auf und ersuchte ihn, daß nunmehr ihre eigene Polizei die Überwachung der Sicherheit übernehmen werde. Herr K. konnte dagegen nichts einwenden, als man ihn aber ersuchte, der „Polizei“ die Waffen auszuliefern, die sich bisher im Besitz der Polizei befanden, verwies er darauf, daß er dazu nicht zuständig sei. Die sozialistischen Komitees tragen sich allen Ernstes mit der Absicht, das Stadthaus, die Volksebene der Stadtrichter und die Polizeibehörden zu nehmen, um sie durch ihre Beschlüsse zu lassen. Die Parteien haben die Steuerzahlungen inhibiert, dafür aber selber alle Bürger eingekerkert. In den Sosnowicer Druckereien, die von den Sozialdemokraten okkupiert sind, so daß die Besizer nichts zu sagen haben, erscheinen zurzeit drei Zeitschriften, darunter eine, die in russischer Sprache herausgegeben, für die Soldaten bestimmt ist, um letztere für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. In Sosnowice sind verschiedene Bürger von den Komitees zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie sich gegen Anordnungen der Partei vergangen oder Arbeiter beleidigt hatten. Bemerkenswert ist, daß die öffentliche Sicherheit im Auslandsgebiet nirgends gefährdet ist. Bis jetzt lassen die Streikenden die Hausfrauen, die Mobelgewerkschaft einlaufen und es mit über die Grenze nehmen, ungehindert gewähren.“

Oesterreich-Ungarn.

Zur Eisenbahnerbewegung. Am Sonnabend fanden Verhandlungen des Eisenbahnerministeriums mit den Delegierten der Eisenbahner statt. Man einigte sich auf folgende Forderungen: Bei den nicht definitiv Angestellten wird eine Erhöhung von 20 bis 10 Prozent, bei den definitiv Angestellten und den Unterbeamten wird ein außerordentliches Honorar und eine automatische Beförderung gefordert. Die Alford- und Pensionen werden aufgehoben. Generalparolen wird zugelassen. Alle Anwesenden und Angehörigen von Delegierten werden diese Forderungen ihren Auftraggebern mitteilen. Nach den jüngsten Meldungen scheinen die Verhandlungen von Erfolg gekrönt zu sein. Vom gestrigen Tage wird dem „Hamd. Corr.“ aus Wien berichtet: Seit heute abend ist der Eisenbahnerstreik so gut wie beigelegt. Schon Sonnabend abend hatten die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Arbeiter eine Befriedigung angebahnt. Die Regierung nahm die Forderungen der Arbeiter von den parlamentarischen Vertrauensmännern entgegen und formalisierte ihre Zugeständnisse, die heute von den Arbeitern unter gewissen Bedingungen angenommen wurden. Die Zugeständnisse der Regierungen sind nach den einzelnen Direktionsbezirken in denen die betreffenden Arbeiter beschäftigt sind, abgeprüft worden. Eine sehr lange Liste hat, die für jede einzelne Kategorie der Bediensteten in jedem einzelnen Orte verschiedene differenziert ist. Die Kommission, welche die Regierung an die Eisenbahnbetriebsstellen in Wien zu machen gedenkt, sind aus den Mittelklassen, die Bürgermeister Dr. Langer als einziger Parteimitglied der Arbeiter gemacht hat, bekannt. Sie ist nun durchschlüssig eine Erhöhung um etwa 10 Proz. bei den Arbeitern der oberen Kategorien und 20 Proz. bei den Arbeitern der unteren Kategorien der, geben aber fallweise auch über diese letztere prozentuale Maßmaß noch hinaus. Ähnlich abgefaßt sind die Zugeständnisse in der Provinz, und romanisch in Bolivien berechnen sie sich mit annäherndem Prozentsatz. Die Arbeiter erklärten sich unter der Bedingung einverstanden, daß die weiteren von ihnen gestellten Forderungen, die durch diese Zugeständnisse nicht berührt werden, binnen zweier Jahre berücksichtigt werden. Eine weitere Bedingung ist, daß die Privatbahnen dieselben Zugeständnisse machen. Darüber wird heute abend in einer Konferenz zwischen den Vertretern der Regierung und der Arbeiterpartei entschieden. Falls die Entscheidung ungünstig aus, so wird mit dem passiven Widerstand von neuem begonnen.

Frankreich.

Ein großer Samweckskandal wurde gestern dadurch verhindert, daß Präsident Doumer vorzeitig die Sitzung schloß. Doumer war nämlich davon unterrichtet worden, daß der Deputierte Marquis Dion den Vertreter des Justizministers, Poyas, schreien wollte, falls dieser, wie angekündigt im Saal erscheinen werde. Als Staatsanwalt hatte Poyas in der Kongregationskammer Dion verhaften und ihm Handschellen anlegen lassen.

Der Gemeinderat in Paris nahm nach langer Beratung mit 44 gegen 28 Stimmen eine Vorlage an, nach der das geistliche Krankenpflegepersonal im Hotel de Dieu durch weltliches ersetzt wird.

Süden und Westbaltische.

Dienstag, den 14. November.

Eine öffentliche Bürgerschaftswähler-Versammlung fand am Montag abend im Lokale des Herrn Weiß in Wilhelmshöhe statt. Der Besuch der Versammlung war ein guter, das Lokal bis auf den letzten Platz besetzt. Ge-

nosse WisseII referierte über das Thema: Die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen. Die Versammlung folgte dem Vortrag mit großer Aufmerksamkeit und lobte den Redner am Schluß seiner trefflichen Ausführungen durch lebhaften Beifall. Im Anschluß an den Vortrag wurden von dem Versammlungsleiter, Genossen Schneider, auf mehrere Anfragen noch einige erläuternde Ausführungen zum Wahlgesetz gemacht. Nach einem kräftigen Appell an die Wähler, von ihrem Wahlrecht auch den rechten Gebrauch zu machen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Aug. Bape und das Amtsblatt. Im „Unparteiischen“ lesen wir folgenden Inserat:

Die „L. u. A.“ glauben sich mir gegenüber Alles erlauben zu dürfen und stellen nun die dreiste Behauptung auf, daß ich einen an mich gerichteten Brief nicht zu veröffentlichen berechtigt gewesen sei. Auf Grund des Pressegesetzes würde ich eine Nichtigstellung verlangen können. Bei den „L. u. A.“ verzichte ich auch auf dieses Recht und überlasse es dem gleichzeitig beleidigten Bürgerrechtsverein, weitere Schritte zu ergreifen. Aug. Bape. In der Bewertung der Anständigkeit der „L. u. A.“ befinden wir uns in Uebereinstimmung mit Herrn Bape; deshalb ist es jedoch auch überflüssig, irgend welche „weitere Schritte“ gegen dasselbe zu ergreifen. Wer Recht anspricht ihm.

Das Wahlbureau
des
sozialdemokratischen Bürgerschaftswahlkomitees
befindet sich
Johannisstraße 50/52
(Bereinshaus.)
Dasselbe ist werktäglich geöffnet von
7—9 Uhr abends.

Liberts Schuldenlast. Nach dem Jahresbericht des Finanzdepartements für 1904 betragen die libischen Staatsschulden insgesamt 41 600 520 99 Mt., die sich zusammensetzen aus: Alte Schuld 2 956 020 00 Mt., 3 1/2 % Staatsprämienanleihe von 1863 3 405 000 Mt., 3 % Staatsanleihe von 1895 10 500 000 Mt., 3 1/2 % Staatsanleihe von 1899 24 739 500 Mt. Ferner hat der Staat noch 7892,50 Mt. an Zinsen für Hypotheken in Höhe von 226 772 Mt., die auf in seinem Besitz befindliche Grundstücke lasten, zu zahlen.

Die Abrechnung der Stadtkasse für das Jahr 1904 ergibt einen Verwaltungsverlust von 112 064,17 Mark, der zum verfügbaren Kapitalvermögen der Feuerkasse kommt. Nach dem Vorschlag war ein Fehlbetrag von 148 335 59 Mt. angenommen worden, da die Ausgaben mit 7 423 783,37 Mt., die Einnahmen mit 7 275 447,78 Mt. angelegt waren. Tatsächlich betragen die Einnahmen jedoch 7 190 128,38 Mt., die Ausgaben 7 078 064,21 Mt., so daß sich das Rechnungsergebnis um 260 399,76 Mt. besser als angenommen stellte. An Staatssteuern, Gebühren und Abgaben gingen ein 4 177 262,74 Mt., gegen 3 996 261,97 Mt. im Vorjahre, sie überstiegen mit 160 484,71 Mt. den Vorschlag und mit 181 000,77 Mark den vorjährigen Ertrag.

St. Gertrud-Bücherhalle. Vielfach geäußerten Wünschen entsprechend wird die Bücher-Ausgabe von jetzt an nicht nur Mittwochs und Sonnabends von 6—7 Uhr abends, sondern auch Dienstags von 12—1 Uhr mittags geöffnet sein. Die daraus dem Vorstand erwachsende Mühe wird hoffentlich durch regen Besuch der Bücherhalle (zweite St. Gertrud-Mädchenschule) auch in diesen Mittagsstunden belohnt werden.

Die phono-kinetographischen Vorführungen im Konzerthaus Fünfhause erfreuen sich andauernd einer großen Beliebtheit im Publikum. Da die letzten Vorführungen bereits am Donnerstag und Sonnabend dieser Woche stattfanden, so ist allen denen, die sich noch nicht diese sprechenden lebenden Photographien angesehen haben, zu raten, die noch vorhandene Gelegenheit zu benutzen.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Oktober 13 Personen.

Stadthaus-Theater. Mittwoch bleibt das Theater geschlossen, während Donnerstag Hoffmanns Erzählungen bereits zum sechsten Male wiederholt werden. Die entzündenden Melodien sind bereits populär geworden. Hoffmanns Erzählungen sind für Lübeck ein geradezu sensationeller Erfolg und wird sicherlich auch am Donnerstag wiederum ein vollbesetztes Haus zu erwarten sein.

Handelsregister. Am 13. November 1905 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma W. Bolquarts u. Co. in Lübeck. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter W. Bolquarts ist alleiniger Inhaber der Firma. 2. bei der Firma C. H. A. Cole u. Co. in Lübeck: Der Architekt J. S. H. Nissom in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. November 1905 begonnen.

Wer ist der Eigentümer? Am Sonntag, den 12. ds. Mts., abends, wurde im Keller eines Hauses der Constanter Allee ein Paket vorgefunden, welches vermutlich durch ein offenes Fenster absichtlich in den Keller hineingeworfen ist. Das Paket enthält einige gut erhaltene Frauenkleidungsstücke und auch Geld. Außerdem befinden sich daran diverse Papiere, lautend auf den Monsieur Franz S. aus Siegers und Frieda S. aus Burg a. Fehmarn. Aus einer unter den Papieren befindlichen Heiratsurkunde geht hervor, daß beide am 29. September d. Js. vor dem Standesbeamten zu Bannesdorf die Ehe geschlossen haben. Der Eigentümer dieser Gegenstände wird ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Abteilung zu melden.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein beim Bahnbau beschäftigter Arbeiter, der sich bei einem Diebstahl in der Marktgrube ein Jackett rechtswidrig angeeignet. Das Jackett wurde auf dem Hofe seines Logisgebers versteckt vorgefunden. Ein zweiter Arbeiter, der der Hebereide dringend verdächtig ist, wurde ebenfalls festgenommen.

pb. Morddiebstahl. Ein früherer Lehrer brachte zur Anzeige, daß ihm aus seiner unverschlossenen Kasse seine silberne Remontoiruhr gestohlen sei. Die Uhr hat einen Goldrand und trägt die Nummer 9095—49. Im Dattel befindet sich der Name A. Frigge-Bapenburg.

Reinsfeld. Zur Wahlbewegung im 9. Kreis. Am verflochtenen Sonntag wurde von den Lübeckern Genossen ein Flugblatt sowie die Broschüre „Die Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ in dem Teile des Kreises Stormarn, welcher zum 9. Wahlkreis gehört, verbreitet. Die Verbreitung ging in der gewohnten Weise ohne jegliche Störung vor sich und wurden unsere Schriften von der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen.

— Eine sehr gut besuchte Volksversammlung fand Nachmittags in Schwarzendammschule in Idesbølle statt; in derselben referierte Genosse E. Fischer: Hamburg über die Aufgaben des kommenden Reichstages.

k. Reinsfeld. Die bevorstehende Reichstagswahl war das Thema, über welches in einer von etwa 80 Personen besuchten Versammlung die Genossin Ziehl-Hamburg sprach. Rednerin ging besonders ausführlich auf die Forderungen und ihre Ursachen sowie auf die Militärlasten ein. Der zweistündige Vortrag fand reichen Beifall. An der Diskussion beteiligte sich Herr Gellert-Reinsfeld. Nach einem kräftigen Schlusswort der Referentin wurde die sehr gut verkaufte Versammlung geschlossen. — Die Wählerlisten zur Reichstagswahl liegen nur noch bis zum 17. November aus. Die Genossen haben die Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob ihr Name in den Wählerlisten verzeichnet steht.

Wöln. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend nachmittags in Beitenfeld. Beim Drehen mit der Dampfmaschine geriet der auf der Drehmaschine stehende Arbeiter Schma Johann mit dem linken Bein in das Getriebe, wobei ihm der Fuß abgerissen wurde. Durch den furchtbaren Aufsprung der Treibriemen von der Maschine ab, sodas dieselbe sofort zum Stillstand kam. Durch drei aus Wölna herbeigerufene Ärzte wurde dem Unglücklichen das furchtbar zeretzte Bein unterhalb des Kniees amputiert.

Hamburg. Zum Wahlrechtsraub. Das „Echo“ weist darauf hin, daß die auch von uns wiedergegebenen Mitteilungen über die Beschlüsse des Wahlrechtsverschlechterungsausschusses der Bürgerschaft völlig unzutreffend seien. Der Ausschuss habe vorläufig das Zweiklassenwahlrecht mit der Scheidengrenze von 2500 Mt. Einkommen und die Verhältniswahl für die Notablen, Grundeigentümer- und Klassenwahlen beschlossen. Die erste Klasse (über 2500 Mark Einkommen) soll 48, die zweite Klasse (unter 2500 Mark Einkommen) 24 Abgeordnete wählen, das Landgebiet nach dem bisherigen Wahlrecht 8, Notable und Grundeigentümer nach wie vor 40. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß noch Änderungen, sogar sehr wesentliche Änderungen, vorgenommen werden. Der Zweck des Zweiklassenwahlrechts soll sein, die bürgerlichen Wähler möglichst wenig durch die Klassenteilung vor den Kopf zu stoßen. Man will den größten Teil der bürgerlichen Wähler in der ersten Klasse unterbringen, deshalb hat man die Einkommensgrenze für die unterste, nunmehr zweite Klasse von 3000 Mt. auf 2500 Mt. herabgesetzt, so daß nur ein kleiner Bruchteil kleinstädtischer Elemente mit den Proletariern einen Topf geworfen wird. Durch die Bildung der zwei Wählerklassen glaubt man ferner zu erreichen, daß die Minorität, welche die Sozialdemokratie beim Dreiklassenwahlrecht eventuell in der Mittelklasse erzielen würde, in der nunmehrigen ersten Klasse durch die größere Zahl der bürgerlichen Wähler vollständig erdrückt wird.

Rissen. Hier stehen die Kießgrubenarbeiter im Aufstand wegen Maßregelung eines Kollegen. Zusage ist fernzubehalten.

Wedel. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten am Freitag Genosse Friebe 29 und sein Gegner 121 Stimmen, am Sonnabend erhielten unsere Genossen W. Wade 35 und Kretz 34 Stimmen, die Gegner 142 resp. 96 Stimmen.

Tschow. Stadtverordnetenwahl. Zu Stadtverordneten wurden Kaufmann Johs. Raasche mit 475 und Kenner H. Lange mit 461 Stimmen wiedergewählt. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten, Gastwirt Kaiser und Kaffeehaus Heide, entfielen 255 bzw. 266 Stimmen.

Kiel. Durch ein Großfeuer wurde Sonnabend abend die Profifabrik von Friedrich Jensen am Bleichmannsdamm ein Raub der Flammen. Das große, vierstöckige, noch aus Fachwerk erbaute Fabrikgebäude, in dem sich auch die Dampfmaschine, sowie große Getreide- und Mehlvorräte befanden, war rettungslos dem Feuer preisgegeben. Die Hauptaufgabe der vollständig verarmten Berufsfeuerwehr, die durch sieben Wehren der Nachbarorte und verschiedene Hilfsdetachements von Kriegsschiffen unterstützt wurde, bestand darin, den Brand zu lokalisieren und die Viehkäse auf dem Hofe, in denen 700 Schweine aufgestallt waren, zu retten. Das gelang, wenn auch nicht ohne große Mühe. Beim Einstürzen der Giebelwand wurde durch den abgerissenen Kupferdraht der Straßenbahnleitung der Hauptmann der Elberfelder Wehr, Schöhl, so schwer am Kopfe verletzt, daß er beunruhigend liegen blieb; später erholte er sich. Die Hilfsdetachements von den Schiffen sorgten dafür, daß durch den enormen Funkenregen die nahe liegenden Holzlager und das Marineproviandamt nicht entzündet wurden. Um 9 Uhr abends war die Kraft des Feuers gebrochen. Der Schaden beziffert sich auf mehrere hunderttausend Mark.

Glücksburg. Beleidigung durch die Presse. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurden die Privatklagen des Reichstagsabgeordneten Jessen gegen den Redakteur Sroderman wegen Beleidigung durch die Presse verhandelt. Der Angeklagte wurde in fünf Fällen zu je 25 Mt. Geldstrafe verurteilt und in einem Fall freigesprochen. Der Schuß des § 193 wurde ihm zugestiftet.

Klitz. Mecklenburgische Orthographie. Bekanntlich liegen die mecklenburgischen Schulverhältnisse ganz besonders im argen. Häufig werden Schulen, weil kein Lehrer vorhanden ist, längere Zeit geschlossen, dann wieder kommt auf eine Landschule mit 70 bis 80 Kindern nur ein Lehrer u. dergl. Die Resultate der Schulbildung sind denn auch gewöhnlich entsprechend dem Unterricht, völlig ungenügend. Das geht auch aus zwei Briefen hervor, die wir nachstehend mitteilend abdrucken und die eine prächtige Illustration zu den Schulverhältnissen in Mecklenburg bilden. Die Schreiberin ist ein Kind von vierzehn Jahren:

Lieber Bruder und Schwägerin wir wünschen euch fröhlich Neujahrsfest wie haben den Brief erhalten wir haben uns sehr gefreut wir dachten das ihr Neujahrs kommen freuen uns sehr das ihr und Schreibe uns bald wieder wir haben Bänke auf ein Brief gewartet Lieber Bruder und Schwägerin ihr haben wohl die adrese verzegeben schreibe Mutter der auch hin sonst dem Geburtsstag meine Mutter wergen wir sind noch alle Gesund Gliese ist schon ins Große Lebebuch und in alle Bücher damit will ich schließen wir wohnen in Brood Bei Kalkoff Bile Straße von Lemshow Frau und Kinder.

Liebe Bruder u Schwägerin Ich Schreibe an dich denn wir haben eure Karte erhalten denn unsere Mutter ist noch nicht besser denn sie ist noch immer wie wirhin denn wir hoffen das es mit der zeit besser wird so schleg alle es uns nun geht so hat es uns noch nicht ein ergegangen denn wir hoffen das es noch besser wird Liebe Bruder Wenn du kannst kommen denn wir freuen uns sehr wenn du kommst fankst du von Klitz oder von Dasso denn hollen wir dir ab hat Georch den Vogel gut hingekocht. Damit will ich schließen Biele Grüße von uns alle

Diese beiden Briefe sprechen Bände für die Leistungslosigkeit der mecklenburgischen Schulen!

Schwerin. Ein Gesuch um Feuerungs- zulage haben mit Rücksicht auf die andauernd teuren Nahrungs- und Lebensmittelverhältnisse eine Anzahl städtischer Beamten in Schwerin eingereicht. Gewiß ist das nicht unberechtigt. Wenn jedoch Arbeiter, die schon an sich viel schlechter gestellt sind, als die Beamten, eine kleine Lohnserhöhung verlangen, dann wird gleich von unverschämten Forderungen gesprochen, die erst durch „sozialdemokratische Heger“ den Leuten eingeredet worden sind. Arbeiter werden doch mindestens ebenso sehr von den teuren Lebensmittelpreisen betroffen, wie Beamte, nur wird ihnen ganz einfach zugemutet, den Schmachtriemen enger zu schnallen.

Darburg. Arbeitsniederlegung. Gestern Morgen legten 108 Maurer, die beim Architekten Brien tätig waren, die Arbeit nieder; nur 29 Mann nahmen an dem Streik nicht teil. Die Ursache der Arbeitsniederlegung waren Lohnforderungen.

Selmenhorst. Mord und Selbstmord. Sonntag abend gegen 7 Uhr ermordete ein in der Jute Spinnerlei beschäftigter 22jähriger Arbeiter seine 19jährige Geliebte, eine galizische Fabrikarbeiterin, durch zwei Revolverschläge. Darauf brachte sich der Mörder selbst einen Schuss in die Schläfe bei, infolgedessen er nach längerem Tobestampfe verstarb.

Odenburg. Der selbständige Antrag des Abg. Althorn-Odenburg bezüglich der Reform des Landtagswahlgesetzes lautet: Ich beantrage zu beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht, dem gegenwärtig tagenden Landtag oder der nächsten Versammlung des 30. Landtags einen Gesetzentwurf über die Einführung der geheimen und direkten Wahl zum Landtag zu unterbreiten. Althorn-Odenburg. Unterstützt durch: Daunen.

D. Althorn, Wenke, Gänching, Tanken, H. Lampe, Lanje, Jug, Lappenberg, Boh-Cutin, Schwärting, Wessels, M. tom Dieck, Koch, Ad. Schulz, Zebler, Feldhus. Begründung: Die diesjährige Landtagswahl hat wieder gezeigt, daß das bestehende Landtagswahlrecht nicht geeignet ist, den Willen der Gesamtheit der Wähler zum Ausdruck zu bringen. Das geringe Interesse und die schwache Beteiligung an der Landtagswahl ist allein zurückzuführen auf die indirekte Wahl und die veralteten Bestimmungen des Wahlgesetzes. Es ist deshalb notwendig, daß die indirekte Wahl durch eine direkte ersetzt und das Wahlgesetz zeitgemäß abgeändert wird. Zu diesem selbständigen Antrag des Abgeordneten Althorn-Odenburg stellte Abg. Feldhus folgenden Verbesserungsantrag:

Es wird nachgefragt: Die Wahlkreise sind so einzurichten, daß aus jedem Wahlkreise ein Abgeordneter zu wählen ist. Feldhus. Unterstützt durch: Jungbluth, Ad. Schulz, Seimann, G. Lampe, D. Wilken, D. Althorn, W. Althorn, Wenke, Hollmann. Begründung: Die jetzt bestehende Einteilung der Wahlkreise bringt manche Unzutraglichkeiten mit sich. Abgesehen von dem teils weiten und unbequemen Reisen der Wahlmänner nach den Wahlorten ist namentlich hervorzuheben, daß größere Verbände es in der Hand haben, kleinere vollständig zu majorisieren, auch wenn das direkte Wahlrecht eingeführt wird. Es ist durch die jetzige Einteilung die Möglichkeit gegeben, daß ganze Kreise ohne Vertretung bleiben, und daran ändert auch das direkte Wahlrecht nichts. Es ist zu wünschen, daß diese Neuerteilung der Wahlkreise auch vorgenommen wird, wenn das geheime und direkte Wahlrecht wider Erwarten noch auf sich warten lassen sollte. Durchweg dürfte auf 10 000 Einwohner ein Abgeordneter kommen, wobei jedoch ein ungünstiges Verhältnis an dieser Zahl

nicht notwendig erscheint, vielmehr zwischen etwa 8000 und 12 000 Einwohnern ein Spielraum zu lassen sein wird.

Emder. Neun Personen ertrunken. Der Eisflößer Heringslogger „Burchave“ strandete auf dem Baltrumer Watt, er wurde aber wieder abgebracht. Neun Leute von der Besatzung ertranken.

Die Straftaten.

Salle. Raubmord. Hier wurde die 54 Jahre alte Rennerin Hoffmann in ihrer Wohnung ermordet und beraubt.

Essen a. d. Ruhr. Bergarbeiterlos. Auf der Seche „Zollverein“, Schacht 45, in Katernberg, stürzten drei Bergleute in den Schacht; sie waren sofort tot.

München. Fräulein von Heußler, die wegen schwerer Verfehlungen gegen ihrer Obhut anvertraute Zöglinge verurteilt war, ist auf Antrag des Justizministers aus der Haft entlassen worden. Das Wiederaufnahmeverfahren, dessen Eröffnung seinerzeit vom Landesgericht in München abgelehnt worden war, ist nunmehr im Beschwerdewege auf Beschluß des Oberlandesgerichts eingeleitet worden.

Briefkasten.

Bürgerwahl. B-r ist in der Liste, G-z nicht; Letzterer ist gemischt.

weiteres über Stollings.

SUNLIGHT SEIFE
Wunderbarer Duft entströmt der Rose von Shiraz — von köstlichem Aroma durchdrungen ist auch die Wäsche, zu der Sunlight Seife ausschließlich verwendet wird. Dieselbe wird nur aus den besten und reinsten Rohmaterialien auf Grund eines eigenartigen vollkommensten Fabrikationsprozesses, durch den der höchste Grad der Reinigung der Seife und Oele erzielt wird, hergestellt und verleiht deshalb dem Einweilen wunderbaren Duft und die glänzende Reinheit, welche Haus und Heim anmutig machen. Weil ihre Reinigungskraft eine konzentrierte ist, besitzt die Sunlight Seife bei richtiger Verwendung die größte Ausgiebigkeit. Sie ist deshalb eine billige und preiswerte Haushaltungsseife für alle Zwecke.

Gustav Bux
Lina Bux
geb. Oldenburg.
Für erwiesene Kupfer-Kamelleiten danken Herrschaft.
D. O.

Alwine Hannemann
Heinrich Dürkop
Verlobt.
Südbad, November 1905

Allen Verwandten und Bekannten, welche meinen lieben Mann zur letzten Ruhestätte geleitet, seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, auch allen, welche ihm während seiner langen Krankheit hospital Gütes erwiesen, den herzlich Schwestern für ihre Mühe, insbesondere dem Herrn Tisch und seinen Kollegen der Oberster Real-Schulungsanstalt und Herrn Pastor Ganiel für seine treuerhellen Worte sage hiermit meinen tiefgefühlten Dank.

E. Gers Ww.
Zum 1. Dezember oder Januar
eine kl. Wohnung zu vermieten
an einzelne Leute
Regienstraße 26

2 guterb. Damen-Winterfahrtsitz billig zu verkaufen
Bahnhofstraße 37, Kitzbühl

Ein Vertikem mit Säulen
billig zu verkaufen
Klauerstraße 18. II.

Für alle in der Damenkleiderei vorzunehmenden Arbeiten empfiehlt sich
L. Ploog, Glorinstraße 18. II.

Besohl-Anstalt
Bei St. Johannis 18 u. Auguststraße 26a.

„Granitin“
— schnellwirkendes Zahnbodenzugöl —
empfeht Wilhelm Sülke, Zahnarzt 25

Sammlung
zu Gunsten der Opfer der russischen Judenverfolgungen.
Eine herrliche Kartebogen ist über die Judenverfolgungen herausgegeben. Ein Teil der von Juden benötigten Mittel ist durch diese Kartebogen zu gewinnen oder zu sammeln. Die Kartebogen sind kostenlos und können durch den Briefkasten des Herausgebers oder durch den Briefkasten des Herausgebers bezogen werden. Die Kartebogen sind in jeder Sprache erhältlich. Die Kartebogen sind in jeder Sprache erhältlich. Die Kartebogen sind in jeder Sprache erhältlich.

Das Hilfskomitee
für die Opfer der russischen Judenverfolgungen.
Rabbiner Dr. Carlbach, Herrn Meyer, Dr. E. Adler, S. Miksan.

Oeffentliche Bürgerschaftswahlerversammlungen
am Mittwoch den 15. November 1905, abends 8 1/2 Uhr,
in den Lokalen

„Neu-Lauerhof“, Arnimstraße,
„Friedrich-Franz-Halle“, Friedrichstraße.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: Die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen.
Referenten sind: Reichstagsabgeordneter Th. Schwartz und Redakteur Johs. Stelling.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Einladung zum
• Theatralischen Abend •
am Donnerstag den 16. November 1905
im **„Vereinshaus“, Johanniststraße 50-52**
Lokalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Eintritt à Person 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.
Zur Aufführung gelangt: 1. Solidarität. 2. Der Cukel aus Amerika. 3. Die Sozialdemokraten kommen. 4. Das Herrenrecht.
Karten sind zu haben bei dem Gewerkschaftssekretär, Weberstraße. Wittfoot, Gürtelstraße, 35 u. 36. Rosenstraße, und im „Vereinshaus“.
Karten für Kinder unter 6 Jahren sind nur an der Kasse zu haben. Kinder unter 6 Jahren haben freien Zutritt.

Sargmagazin
von **H. Grimm, Wiedestraße 49, Ecke Segeberger.**
Größtes Lager von Eichen- und Eichenbänken. Ein Grabkreuz. Bekannt bill. Preise.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Bahnh. 8.
Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen A. Behmann, Seidenstr. 47.
1 Partie gesunde Futterkartoffeln empfiehlt Sülke.
August Jensen, Seidenstraße 21.

Kein nüchternes Kalbfleisch.
Fettes Kalbfleisch fettes.
Junges Ziegenfleisch junges
J. J. P. Möller, Rathausplatz 34.

Das Komitee.
Große gesunde mehltreiche Futterkartoffeln
Mittwoch am Bahnhof (Produktenstrang) zu verkaufen
200 Pfund Mk. 3.00.
Spethmann & Fischer
Telef. 102 Beckergrube 59.
Habe ausnahmsweise schönes fettes 2 1/2-jähriges Füllen
geschlachtet, wobei meiner wertten Rindschaff prima Suppenfleisch, schöne Bratenstücke bestens empfiehlt.
R. Dieckvoß Ww.
Kochschlächterei mit elektrischem Betrieb. Obertrave 12. Remont 1894.

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.
Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 15. ds. M. abends 9 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johanniststr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die erste Sünde.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.
Klautschau
Deutsche Truppen in Tsintau und eine Wanderung durch Schanghai u. Nagasaki.

Stadthallentheater.
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag, 16. November, 7 1/2 Uhr.
43. Borst. 35. Ab-Borst 7. Donnerst. Ab. Jam 6. Wale.
Hoffmann's Erzählungen.
Große phantastische Oper von Offenbach.
Freitag den 17. November 1905.
Einmaliges Gastspiel des Großherzogs Kammerjägers Gura
Figaro's Hochzeit.
Gastspielpreise.
Billetts sind bereits zu haben. Den verehrlichen Abonnenten bleiben ihre Plätze bis Donnerstag; mittags 12 Uhr reserviert.
Sonabend: Schüler-Vorstellung.
Wilhelm Tell.

Die Kartebogen sind in jeder Sprache erhältlich. Die Kartebogen sind in jeder Sprache erhältlich. Die Kartebogen sind in jeder Sprache erhältlich.

Zur Vorwärts-Affäre.

Unsere Antwort.

Die Ausführungen der Secs schmecken eine für möglich gehaltene Länge an. Durch jede neue ihrer angeblichen Aufklärungen wird die Sache statt klarer immer unklarer.

Die Secs haben erreicht, was sie in ihrem sogenannten Signalbuch bezweckten; sie haben eine Angelegenheit, die eine interne Angelegenheit der Partei ist und allen von den unabhängigen Partei-Instanzen zu entscheiden war, öffentlich zu einer Partei- und Staatsaktion aufgebauscht um einen Parteistand herbeizuführen.

Dieser Skandal war nur so zwecklos, da die Secs, wie sie selbst eingestehen, sich sagen, daß sie auf eine Veränderung der Verhältnisse von Parteivorstand und Presbium nicht rechnen, sondern hoffen, wie der letzte Satz in ihrer „Rechenschaft“ besagt: daß die Genossen im Reich prüfen möchten, wie in Zukunft so schwere Rechtsverletzungen innerhalb der Partei ungesühnt gemacht werden.

Nach der „Rechenschaft“ der Secs ist die Darstellung in unserer Denkschrift ungenau, unvollständig, unklar, sondern es stellt sich über gar nicht erfindend.

Wäre dieses Urteil begründet — und sie wollen keine Verteidigung in ihrer „Rechenschaft“ erheben — dann ist die Partei verpflichtet, Menschen, die sich Arg und Betrug ihr gegenüber haben zuschulden kommen lassen, nachher von ihrem Posten zu entfernen und sie aus der Partei auszuschließen.

Auf die wiederholte Frage der Secs: ob der Verfasser der Denkschrift diesen Vorgang, der, wie sie meinen, falsch geschildert wird, beigezogen habe, ist noch einmal und etwas ausführlicher die Darstellung unserer Denkschrift und unserer Entgegnungen dargestellt.

Über unsern Entwurf, der gedruckt und zunächst im Parteivorstand unter Einwirkung von den Delegierten der Presbiumsitzung sich für sich bezeugen. Die Vorgänge, welche sich am 1. und 6. September abspielten, konnten von Bebel nicht geschildert werden, weil er jenen Sitzungen nicht beiwohnte; sie wurden auf Grund des Berichtes der dort anwesend gewesen Personen entworfen.

Unsere Darlegungen sind also das Ergebnis gewissenhafter Prüfung unser selber, und so wissen wir die Verantwortlichkeit der Secs, als handelten wir leichtfertig, entschieden zurück. Wir halten dementsprechend den entgegengekehrten Ausführungen der Secs unsere Darlegungen im vollen Umfange aufrecht.

„Rechenschaft“ versucht wird, bisher nicht erörterte oder von uns nur kurz behandelte Vorkommnisse in den Bereich der Kritik zu ziehen und daraus Schlüsse auf die angebliche „Unserichtigkeit“ unserer Behauptungen abzuleiten, müssen wir die Darstellung dieser Vorgänge als im Widerspruch mit der Wahrheit und Wahrheit bezichtigen.

Dahin gehören folgende Punkte, die wir summarisch aufzuführen und über die wir uns eine weitere Ausführung erlauben:

Die fälschlich, auf Phantasie beruhende Behauptung, es sei ein unterirdischer Kampf gegen die Secs geführt worden, dessen Verlauf erst jetzt klar zutage trete und dessen Hebeln jetzt erst klar durchsichtig werden können.

Die Darstellung über die Stellung Stadthagers in der Redaktion, dem bereits im Jahre 1898 durch Gradnauer im Namen der übrigen Kollegen die Mitteilung gemacht wurde, daß er mit Rücksicht auf den Fortschritt der Redaktion zurückzutreten wolle.

Die Darstellung über die Vorgänge in den gemeinsamen Sitzungen am 1. und 6. September.

Die Erzählung über das, was Singer gegenüber Eiser und Bebel gegenüber in Jena gesagt haben soll. Singer über angeblich geplante Veränderungen in der Redaktion, Bebel über die von ihm beschlossene Behauptung des Berliner Antrags, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen.

Die Darstellung über die Bedeutung der Beschlüsse der Parteikonferenz.

Die Annahme, als könnten bereits vor und in Jena bestimmte Beschlüsse über Änderungen in der Redaktion vorhanden gewesen sein, was uns verpflichtet haben würde, die Redaktion davon in Kenntnis zu setzen.

Die Darstellung von dem Verhalten der Redaktion zu dem Berliner Antrage und deren Bestreben, wonach alles in Liebe, Freundschaft und Einigkeit schwamm.

Die Darstellung über die Vorgänge in der Sitzung der Presbiumsitzung und des Parteivorstandes am 6. Oktober.

Die unrichtige Behauptung des Vorstandes habe von vorn herein die Absicht gehabt.

Die Darstellung über die geheime Mitarbeiterschaft der Genossen in der Redaktion.

Die unrichtigen Behauptungen Bebel's über Kollisch.

Die Darstellung der Vorgänge, die zum sogenannten Schweigegebot führten.

Die Behauptung, der Parteivorstand nehme ganz unangelegentlich das Recht für sich in Anspruch, die Redaktion von den Beratungen über das Zentralorgan fernzuhalten.

Die Ausführung der Punkte, zu denen wir uns neue Beiträge nehmen müßten, zeigt den Parteigenossen, welche Arbeit wir zu erfüllen hätten um richtig zu stellen oder zu widerlegen. Jede Partei kann wir aber nicht mit Schwierigkeiten überfordern.

Einer dieser Punkte betrifft das sogenannte Schweigegebot, d. h. die von der Redaktion der Veröffentlichung von Presbiumsitzungen. Am 21. Oktober erwiderten die Secs ihre Kündigung abgelehnt. Am 22. erließen die Instanzen eine Beschlüsse in der bisherigen unvollständigen Form als „Schweigegebot“ in „Vorwärts“. Mit der Sanction, die diese Beschlüsse wieder hatten, die Secs die gegenwärtige wie einem Teil der Partei-Liste zu förmlicher Stellungnahme gegen uns zu bewegen.

Ein Teil der Parteipresse, voran die „Münchener Post“ und die „Frankfurter Volksstimme“, war tadellos gerufen, sofort in bester, wohlwollender Weise uns entgegenzutreten, nach dem sie es genau wissen, wie die Dinge sich zugegetragen hatten.

Am 23. Oktober ab brachte ein Teil der Secs ein großes Maß der für ihre redaktionelle Tätigkeit beanspruchten Zeit, wobei sie das Hauptpersonal der Redaktion in Anspruch nahmen, um die Parteipresse mit eingehender und gründlicher

Darlegung der Vorgänge zu überschwemmen und sie gegen uns einzunehmen.

Es war zweifellos, daß diese durch ihre Agitation hervorgerufenen, meist zu ihren Gunsten provozierten Presbiumsitzungen benutzt werden sollten, um sie gegen uns im „Vorwärts“ auszuspielen. Wir hätten also Tore sein müssen, ließen wir uns das gefallen. So entstand das sogenannte Schweigegebot, das vom Vorstand erst am 1. im November angenommen und einige Tage später von der Presbiumsitzung bestätigt und um weitere zwei Tage, bis zum 31. Oktober, mit unserem Einverständnis verlängert wurde. Jede andere Parteinstanz hätte genau so gehandelt.

Daß wir die Veröffentlichung der Presbiumsitzungen nicht fürchteten, zeigt der „Vorwärts“, der, nachdem unsere Denkschrift der Parteipresse zugegangen war, die Urteile derselben ohne Rücksicht darauf, ob sie uns zustimmen oder unser Handeln tadeln, veröffentlicht.

Es war der erste Wunsch, den wir der neuen Redaktion gegenüber aussprachen, bei dieser Veröffentlichung unparteiisch zu verfahren. Der zweite war, daß keine Einwirkung eines beliebigen Mitarbeiters am „Vorwärts“ zu erfolgen werde. Die Einzelheiten müßten ohne Ansehen der Person sachlich geprüft werden. Die neue Redaktion erklärte für beide Fälle, das sei selbstverständlich.

Daß die Partei genügt ist, den Redakteuren am „Vorwärts“ — die Kost ganz trafe auch die übrige Parteipresse — die privilegierte Stellung einzuräumen, welche die Secs mit einem Teile der Parteijournalisten als selbstverständlich erachteten, darüber wird der Parteitag entscheiden.

Die Parteigenossen wollen sich den Verlauf der Angelegenheit noch einmal in Kürze vergegenwärtigen.

Der Vorstand wird für den 2. Oktober von dem Parteivorstand und der Presbiumsitzung geladen, um ein Reformprogramm für die „Vorwärts“-Redaktion vorzulegen.

Der Vorstand muß erklären, daß er noch keine Zeit gehabt habe, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Vorstand und Presbiumsitzung erhalten Auftrag, bezüglich der Vorwürfe auszuwärtigen.

Am 6. Oktober schlägt der Parteivorstand der Presbiumsitzung vor, Eiser und Kollisch zu kündigen. Jälle in die Redaktion und die Genossin Luyburg als Mitarbeiterin aufzunehmen. Die Presbiumsitzung erklärt diese Vorwürfe für ungenügend, dieselbe wird aufgefordert, ihren Bescheid zu machen.

Nach etwa acht Tagen schlägt sie dem Parteivorstand vor: Eiser, Gradnauer und Wähler zu kündigen, Kollisch in die Redaktion zu belassen, Stadthager mit einer zeitweiligen Tätigkeit in die Redaktion, die Genossin Luyburg als Mitarbeiterin aufzunehmen.

Am 20. Oktober erklärt der Vorstand in gemeinsamer Sitzung mit der Presbiumsitzung, ihre Vorschläge anzunehmen, erweitert dieselben aber dahin, der gesamten Redaktion zu kündigen, da anzunehmen sei, daß die bisherige Redaktion nicht sich selbständig erklären und gutwillig kündigen werde. Diese Solidaritätsklärung wurde bei Kündigung aller Redaktionen ihre Bedeutung verlieren. Vorstand und Presbiumsitzung einigten sich, diesen Vorschlag den Berliner Parteivorstand zu unterbreiten und von deren Zustimmung abhängig zu machen.

Am 20. Oktober erfolgte die Beschlüsse der Beschlüsse zwischen Presbiumsitzung und Parteivorstand, die bis dahin in ihren Beschlüssen auseinandergingen. Es war also ein durchaus ungewöhnliches Verhalten der Secs, zu diesen Sitzungen, die erst eine Beschlüsse der in Betracht kommenden Faktoren bezweckten, die Redaktion einzuzuziehen. Das müßten wir, als neue vor die Frage gestellt, auch jetzt ablehnen.

Hätten die Redakteure, denen gekündigt werden sollte, ein Vergehen begangen, weshalb ihre Kündigung in Frage kam, so mußte ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich zu

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild. Von Jakobus Gerhardt.

(76 Fortsetzung).

„Sind Sie des Teufels? Wollt Sie die Sterne und Streifen vor den mir tausenden Kunden kriechen? Verschamm' mich“, rief Hale erregt, „und wenn Sie auch Witze treiben: zieht die Flagge noch einen Zoll weiter von ihrem Mast nieder und ich sende Euch eine Kugel durch das amerikanische Dien.“

„Scheriff“, sagte Halse, indem er mit der Linken das Flaggenstiel hielt, während er mit der Rechten eines Revolver aus der Tasche zog — für das Wort könnte ich Euch jetzt auf der Stelle, auf der Ihr steht, tatsächliches wie einen tollen Hund, und würde es tun, wenn ich Euch nicht als einen ehrlichen und braven Mann kenne. Aber wir haben Streit noch aufzuheben zu genug, um auch noch im Lager damit zu beginnen. Wißt Ihr ein besseres Mittel, unsere Bandenleiter herbeizurufen, als durch das Niederholen der Flagge?“

Der Scheriff schweig und ließ ihn noch immer zweifeln, ob Halse aber schon den Revolver in seine Tasche zurück, und ohne weiter auf den noch immer hinter ihm im Anschlag stehenden zu achten, zog er das wehende Banner entzweifen nieder.

„Und was wollt Ihr jetzt tun?“ fragte da Halse, durch das plötzlich so entscheidende Wehen des Alakiden, den er bis dahin nur für einen schwankenden, ja zaghaften Mann gehalten, ganz ruhig gemacht.

„Allein können wir nichts tun“, sagte Halse, indem er die Flagge im Grunte kommen, und ege sie den Boden krühte, fing und von dem Halse, „aber wenn die geübte mexikanische und die gesetzte amerikanische Fahne die Deutschen nicht hier ins Lager treibt, dann ver-

lassen sie nicht amerikanischen Bürger zu heißen — verbunden mit den Sterne und Streifen je wieder über ihrem Haupt wehen.“

„Und dann? — wenn sie kommen?“ sagte Halse und schenkte ihm mit dem Blick die krassesten Gedanken des vor ihm stehenden Mann zu wollen.

„Ei, laßt die Hölle“, dann holen wir uns einfach die mexikanische Flagge hier herein und ziehen sie verkehrt unter der amerikanischen auf; ich denke, das wird die Deutschen schon zur Vernunft bringen!“

„Und das wollen Sie wirklich tun?“ fragte Halse, noch immer ungläubig.

„Wenn Sie mir dabei helfen, Halse, gewiß! — Aber da kommt meine Frau — sie braucht gerade nicht zu wissen, was wir vorhaben, denn sie würde sich nur unbilliger Weise ärgern — und dort sehe ich auch schon einige von unseren Deutschen über die Flut springen. Das Mittel hat gefolgt, Scheriff. Ist kein Schaden da?“

Mrs. Halse war in diesem Augenblick mit Manuela herangekommen und sehen gekommen, als ob sie mit ihrem Manne reden wolle. Dieser aber winkte ihr nur freundlich zu, in das Bett zu gehen, und wandte sich dann wieder zu seinen Bandenleitern, während Halse fortgesprungen war, um einen passenden Stock für die Fahne zu suchen. In wenigen Minuten kam er aber schon mit einer Stange zurück, die er aus dem eigenen Bett gerissen hatte, und von verschiedenen Seiten flüchten ist die durch das Zeichen herbeigerufenen Amerikaner an.

„Hallo, was ist das?“ riefen die Deutschen, während sie, glühend vom Laufes, in langen Sähen anstiegen kamen.

„Was hat die amerikanische Flagge geirritet?“

„Ja, Sie wissen“, erwiderte ihnen der Alakide voll kommen ruhig. „Was Euch die aufgerichtete mexikanische nicht an Euer Pflicht mahnte, hat es besser die niedergeholte amerikanische getan.“

„Zum Henker auch“, rief ein langer Senkender da

zwischen — „von uns hat keiner auf die Spanier geachtet, und eben jetzt erst haben wir den bunten Vappen da drüber gesehen. Ich selber bin aber hierher gestiegen, daß mir die Luft ausgegangen ist — Hoho, da kommt Bohles und da Briars, Herber, Jungens, hierher!“

Neur und mehr Amerikaner sammelten sich auf dem Plage, bis endlich ziemlich Alle, die sich am Orte anhielten, vor dem Zelte des Alakiden gesammelt standen. Hier aber machten sie in zorniger Rede und oft von wilden Flüchen unterbrochen ihrem Grimm Luft und steckten Dohnergarn gegen die Mexikaner an. Ein Jubelruf, der von dem mexikanischen Lager herüberkam und aus Hunderten von Rufen zu kommen schien, unterbrach plötzlich die Tobenden, und der Scheriff sagte:

„Bei Gott, sie verzeihen uns, daß wir unsere Flagge niedergezogen haben!“

„Und was wollt Ihr tun, Ihr Männer?“ sagte da Halse, dessen Antlitz vollkommen weiß geworden war, während keine Muskel seines Gesichtes berührte, was in ihm vorgehe. — „Der Mexikaner sind etwa zweihundert dort versammelt, und mehr als die doppelte Anzahl von Jabinern lagert an den Bergen, jeden Augenblick bereit, sich mit Ihnen zu vereinigen!“

„Schickt Boten nach den verschiedenen Minenplätzen in der Nachbarschaft“, rief Briars — „wenn wir nur noch zwanzig, dreißig entschlossene Deutschen zusammenbringen, brauchen wir die ganze Bande nicht zu fürchten.“

„Und unter der Zeit haben wir ihnen die amerikanische Flagge zu Füßen gelegt“, riefte der Scheriff zwischen den zusammengebeißenen Zähnen durch.

„Ich will nach Golden bittom hinüberreiten“, sagte da Mr. Smith, der entschieden blick und unruhig ausah — „ich habe ein sehr gutes Pferd und kann leicht morgen früh mit Verhütung hier sein.“

„Zum Wetter auch“, rief Briars — „sollen wir uns indessen von den Spaniern verzeihen und von unserem

verteidigen oder zu rechtfertigen. Darum handelte es sich aber nicht, sondern um die Frage, welche Veränderungen in der Redaktion nötig seien, um die tatsächliche und prinzipielle Haltung des Blattes mit den Ansichten von Parteivorstand und Pressekommision, die zugleich die der sehr großen Mehrheit der Partei sind, in Einklang zu bringen. Das war eine politische Frage, über die Parteivorstand und Pressekommision allein zu entscheiden hatten. Die weitere Frage war, wie kann diese politische Frage am besten gelöst werden. Da die Redaktion aus Menschen besteht, mußten Menschen hierbei in Frage kommen. Hier kann nicht von Gewissenszwang und Befehlshaltung der Meinungsfreiheit gesprochen werden; diese kamen in Frage, wenn von den Redakteuren verlangt wurde, wider ihre Ueberzeugung zu schreiben.

Wagt man uns vor, unser Vorgehen sei eine Halbheit gewesen, so wollen wir dies gar nicht bestreiten. Zudem aber die Sache nunmehr klärten, haben sie selbst eine radikale Lösung herbeigeführt.

Es war auch selbstverständlich, daß wir vor jetzt ab die Vertretung im „Vorwärts“ nicht mehr Personen überlassen konnten, bei denen weiteren Tätigkeit die schon vorher sehr gespannte Situation in der Redaktion vollständig unerträglich geworden wäre. Wir machten also von der Vollmacht Gebrauch, die wir in der Versammlung der Berliner Parteifunktionäre und des Parteivorstandes am 23. Oktober uns erbeten hatten, und entbanden sie ihrer reaktionellen Pflichten.

Der Parteivorstand. Die Pressekommision.

Eine Klarstellung.

Der Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, auf einen Punkt in der Darstellung von Eisner und Genossen als Interferenter besonders zu antworten:

Eisner und Genossen sprechen in den rühmendsten Ausdrücken von der von ihnen arrangierten Jahres-Versammlung. Diese war, wie bekannt, für den 9. Juli geplant. Ihr Zweck sollte eine Demonstration für den Sozialfrieden sein. Die Versammlung war also mit Rücksicht auf den geladenen Redner, einen Führer der französischen Bruderpartei, Genossen Jaures, ein Alt-praktischer internationaler Politiker. Solche Aktionen anzugehen steht jedem Parteigenossen, also auch einem Redakteur des „Vorwärts“ zu. Darüber besteht aber wohl in der ganzen Partei kein Zweifel, daß, wenn eine solche Aktion angeführt werden soll, dieselbe nicht ohne Hinzuziehung des Parteivorstandes geschehen darf, der als der Vertreter der Partei namens derselben den ausländischen Genossen als Gast der deutschen Sozialdemokratie einzuladen hat. Weigerung des Parteivorstandes, eine solche Aktion auszuführen, kann hatten die Antragsteller freie Hand.

Statt dessen wurde die ganze Angelegenheit mit der größten Heimlichkeit hinter dem Rücken des Parteivorstandes betrieben. Derselbe erhielt erst Kenntnis von dem Plan, als alles schon fertig war und es sich nur darum handelte, Singer zum Vorsitzenden der Versammlung zu machen und Bebel zu ersuchen, an demselben Tage in Paris eine Versammlung abzuhalten.

Wie konnte man sich hingegen zu diesem Vorgehen die französische Bruderpartei?

In dem Einladungsschreiben, das Bebel von der Parteileitung der französischen Sozialdemokratie erhielt, heißt es:

Die Redaktion des „Vorwärts“ habe den Genossen Jaures eingeladen, am 9. Juli in Berlin eine Versammlung zugunsten des Weltfriedens abzuhalten. Genosse Jaures habe die Parteileitung befragt, ob sie die Annahme dieser Einladung billige. Das sei geschehen und nun bitte man ihn (Bebel) am 9. Juli in Paris sprechen zu wollen.

Später hat Eisner, als man ihm von Vorstandsseite wegen dieses unqualifizierbaren Verhaltens Ermahnung machte, bestritten, daß er den Genossen Jaures im Namen der Redaktion des „Vorwärts“ eingeladen. In dem Vorgehen, ändert das selbstverständlich nicht das geringste, der Vorgang zeigt aber deutlich, wo die Schuld zu suchen ist.

Der Parteivorstand.

Meine Antwort.

In der „Rechenhaft 2: Die Prinzipien des Besahrens“ können es die Sechse nicht überwinden, in einer Reihe Bemerkungen auch wieder auf meine Person zu kommen. So schmeichelt es für mich ist zu sehen, wie unangenehm ich ihnen bin, so wenig Neigung verspüren sie doch, auf ihre am Kleinsten greifenden Einwände anscheinlich zu erwidern.

Ich will nur einige Punkte richtig stellen. Ich habe in Bremen in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand den Antrag, die Schlußfrage noch auf die Tagesordnung zu setzen, bekämpft, weil die auf denselben stehenden Punkte voll die Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen würden. Der Parteitag hat uns zugestimmt und die Tatsachen haben gezeigt, daß dieser Besahrs ein sehr wichtiger war. Es blieb keine Zeit mehr zur Verhandlung neuer Gegenstände übrig, es wurde sogar die wichtige Debatte über das Kommunalprogramm kurz abgebrochen.

Hätte aber die Frauenkonferenz schon wie bekannt die Schlußfrage erörtert, so lag um so weniger Grund vor, nochmals darauf einzugehen. Auch geht das Bod, daß ich den Verhandlungen der Frauenkonferenz zollte, nicht nur der Verhandlung der Schlußfrage, sondern ihren Verhandlungen überhaupt. Ich bin jeden Augenblick bereit, es zu wiederholen.

Was ich vor dem Bremer Parteitag in der „N. Z.“ über den Vorschlag schrieb, als Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die geplanten Mitteilungen auf das Reichstagswahlrecht“, steht mit keinem Wort im Widerspruch zu dem Thema: „Der politische Massenstreik“, über das ich in Jena referierte. Das habe ich auch gegenüber dem gleichen Vortag, den Genosse Robert Schmidt in Jena erhob, klar gemacht an dem Inhalte meines Bremer Parteitagsartikels nachgewiesen.

Daß die Sechse sich jetzt aufs Wiederkaufen verlegen, spricht für ihre Geistesverfassung, die anfängt Wabauern zu werden.

Ebenso ist es ein Produkt dieser bedauerlichen Geistesverfassung, wenn die Sechse behaupten, ich hätte durch den großen Monolog in meiner Eröffnungsrede in Jena den Versuch gemacht, das Thema der auswärtigen Politik zu behandeln, das ich bekämpft hätte, auf die Tagesordnung zu setzen.

Bekanntlich habe ich in meiner Jener Eröffnungsrede sehr verschiedene Thematika behandelt, darunter auch in einem Teile die deutsche auswärtige Politik in der Marokkoprobleme. Solche über verschiedene Thematika sich erstreckende kurze Ueberflüge sind bekanntlich alle Sitte bei Eröffnung der Parteitage, eine Sitte, die Viehrecht bevorzugen pflegt. Ich brauche nur an die Folgen meiner Eröffnungsrede auf dem Weckauer Parteitag zu erinnern.

Ich habe diese Sitte, die auch bei mir keine neue ist, in Jena fortgesetzt; meine Ausführungen aber hatten mit dem Thema, das die Eisner und Stadener erörtert haben wollten, gar nichts zu tun, denn dieses Thema lautete: Die Verhandlungen in der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs.

Was die Ausführungen der Sechse über meine Massenstreik-Resolution mit ihrer Hinzufügung zu tun haben sollen, verstehe ich auch nicht. Ich habe über meine Stellung zum Massenstreik bis zum Jener Parteitag öffentlich kein Wort verstanden lassen. Ich muß mir also sehr verbiten, daß die Sechse sich jetzt an meine Redekunst hängen, um mich in ihren bezüglichen Auseinandersetzungen mit Kontinuität als Vorwand zu benutzen.

Was endlich die Sechse mit als Angherrungen über Kallisch in den Raum legen, ist das Produkt eben des Plaisirs, dem sie zum Opfer gefallen sind. Will Kallisch wissen, was ich über ihn sagte, ich lese ihm zu Diensten.

A. Bebel.

Sozialismus und Parteilichkeit

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Der Hafenarbeiterstreik in Rönigsberg hat mit einem Siege der Arbeiter geendet. — Der Halberstädter Zeitung zufolge wurden sämtliche Arbeiter und Bauarbeiter ausgeparkt, weil auf zwei Bauhöfen, auf denen 90 Zimmerleute beschäftigt waren, die Arbeiter sich mit diesen solidarisch schloßen und die Arbeit niederlegten. Die Wasserpolizei hat Arbeit wieder abgelehnt. Die Hämmerer, die bei ihrer letzten tagigen Kollisionspflicht ebenfalls solch die Arbeit niederlegten, wurden vom Gemeindevorstand zum Zwangsarbeit verurteilt.

Zum Parteisekretär für die Provinz Hannover ist Genosse Leinert, Hannover gewählt worden.

Clara Müller. Eine proletarische Dichterin ist geboren: Clotilde Clara Müller. Jahrgang 1860 am 4. November im Haag. Sie ist den Arbeitern durch ihre zahlreichen Gedichte bekannt, die wie abgedruckt haben. In „Vorwärts“ wird der Bekanntheit folgende Erwähnung gewidmet: Aus ihrem kraftvollen Roman „Die Besessene“, in dem sich Dichtung und Wahrheit in meisterlicher Weise mischen, konnten wir ihr Leben. Es war kein gewöhnliches Leben. Am 5. Februar 1861 bei Weigard als die Tochter eines evangelischen Geistlichen geboren, hat sie nach dem frühen Tode ihres Vaters für sich, die kurze Mutter und die unglückliche, schwächliche Schwester den Kampf um den Unterhalt aufnehmen müssen, zu einer Zeit, da sie eben das 13. Jahr überschritten hatte. Und dieser Kampf führte sie zum Sieg. Zum Sieg über die Wirkungen und Konsequenzen, in die sie ein vom Vaterhaus überlesener Glaube, eine Welt- und Gesellschaftsanschauung vererbte, höchste Prinzipien stark. In einem kaufmännischen Bureau bildete sie sich zum Autorleben aus und arbeitete in verschiedenen Geschäften, bis endlich sie zur Aufgabe dieser Berufsverpflichtung. Stattdessen brachte ihr Stellung. Unsere Partei verbotene sie ihre Kräfte und Wollen. Ihr Können lag in der praktischen Betätigung ihrer Anschauung durch Agitationen in Hannover, ihr Wollen gipfelte in der Dichtung, mit denen sie das Ringen des arbeitenden Volkes nach Freiheit begleitete. Sie besaß einen reifen Ton edler Begabung, die in ihren „Sturmlieder vom Meer“ mächtige Klänge entfesselt; sie formte die Empfindungen der liebenden Frauenwelt zu schlichten Strophen in der Gedichtsammlung „Mit roten Rosen“. In ihr reichte die Gelegenheit die Dichterin auf. Darum fühlen wir die Wirkung ihrer Kunst in der unmittelbaren Wirkung eines leidenschaftlich erzeugten Ergebnisses. Sie war eine sozialistische Dichterin in der Wahrheit ihrer dichterischen Arbeit, der Bestimmung und Haltung verhaft waren.

Aus Nord und Fern.

Ein ungetreuer Rechtsanwalt. Der Rechtsanwalt Max Schöff in Stettin wurde wegen Untreue in zwei Fällen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Engelieb eines Arbeitwilligen. In der „Freien Zeitung“ kommt ein „Streikbrecher“, wie sich der Mann selbst bezeichnet, über die „Schandthaten der Arbeitseindlichen“ folgendes Engelieb an: „Hier erscheint ein Ehrenpokal mit einem Harde an der Seite und patrouilliert flüchtig mit seinem Räder. Kommt ein Arbeitwilliger an ihm vorbei, dann wendet er sich an seinen nicht abgehenden Räder und schmeichelt dem Tiere mit Ausdrücken wie: „Du niederkriechiger Hund!“ „Sajame Bestie!“ usw.“ — Unter den versch. Streikern gibt es einige ganz besonders schlechte Kerle.

Mord aus niedrigen Motiven. Der Landwirt Ludwig von Bern hat seinen Schwager ermordet, um in Besitz der Verlassenschaftsumme von 22 000 Mk. zu kommen. Die Frau und Schwester des Mörders sowie die Gattin des Ermordeten wurden mit dem Mörder verhaftet.

Mißo der Arbeit. In Lüttich explodierte ein Gasbehälter, an dem vier Arbeiter beschäftigt waren. Zwei von ihnen wurden sofort getötet, die beiden anderen schwer verwundet.

Ein italienisches Leutnantsdrama. In Verona hat sich, wie aus Rom geschrieben wird, der 24-jährige Kavallerieleutnant Zini erschossen. Zini hatte in Marano, wo er früher stand, die 16-jährige Tochter einer angesehenen Kaufmannsfamilie kennen gelernt und verlobt, auch nach seiner Veretzung von Mantua nach Verona beachte das junge Mädchen den Geliebten sehr häufig und hielt sich sogar tagelang in seiner Wohnung auf. Deren Eltern spiegelte sie vor, sie besuche eine Freundin. Wie es zur Katastrophe kam, ist unbekannt. Während sich das junge Mädchen wieder einmal bei Lieutenant Zini aufhielt, entfernte sich der Offizier und besah sich nach seinem Stuhl, zu dem er sich eine Kugel in den Kopf schoß. Kurz darauf erschloß der Vater des Mädchens, der zum ersten Male von der Verlobung seines Tochterweins erfahren hatte. Der Grund des Selbstmordes ist nicht festgestellt. Es scheint, daß Zini Entdeckung und Infolge dessen einen Prozeß wegen Verführung einer Minderjährigen fürchtete.

Undelenten nachher anzufragen, daß wir nicht einmal im eigenen Lager Ordnung halten können?

„Aber was soll für ein?“, rief Sankh dagegen — „Was soll das Schwarm von Menschen und Indiosen über uns her bröckeln, bröckeln sie und zerkleinern ist und plündern das ganze Reich — nachher sind wir gar nicht.“

„Dann können wir auch die Fänge nicht übernehmen“, rief ein anderer — „zum Teufel, Altsche, bröckel das Ding nicht gar für unser Reich, und läßt es unangesehen weiter oben von ihrem alten König und seinen, daß die Schiffe gehen, wir fischen und nicht vor ihnen.“

„Gut, aber was ist die Welt auf die verblödeten Seefahrer zu stehen, wie ist das die unheimliche Fänge an die ihre gefährliche Straße beschützt, und diese unheimlich, hoch er ist es und nicht das arme Land auf die Erde, daß sie nicht im Meer nachsteht.“

„Schonmal“, rief er, habe ich keine haben, trügerische Schiffe über die See fliegen. Ich habe geschworen — daß, während ich hier Altsche bei Euch bin, um die Rechte meines gemeinsamen Vaterlandes zu verteidigen und zu kämpfen — keine andere Flotte der Welt mit mir zu sein. Ich werde lang unangenehm entgegenwachen sein. Wenn ich in die Ruhe kommen möchte, um dort meine Kameraden mit dem besten zu machen, was uns hier droht, gut, ich habe nichts dagegen, ich aber fordern Euch jetzt auf, Altsche, wie eine Flotte hinaus oder ein Meer hinaus zu kommen, mir zu folgen, und mit einem Heile werden wir die heimliche Fänge zu haben, wie sie unsere Väterlande vor wenigen Wochen auf sie ist und glücklich unter die Fänge geleitet haben. Wer geht mit mir?“

„Es geht mit mir“, rief Sankh, „ich beste mit mir; nachher, was nicht für?“

„Und wenn nun die Indianer von den Bergen über den Berg kommen zu Hilfe kommen?“ fragte der Sheriff — „Wir müssen wenigstens darauf gefaßt sein.“

„Ja, glaubt es nicht“, rief Sankh. „Unser einzige Hoffnung dieser Unheimlichkeit gegenüber ist, daß wir die Hauptpartei sind und ohne Weiteres angreifen. Unheimlich war, so werden uns unsere Väterlande helfen; aber wir haben auf die Macht unserer Schiffe setzen, und nicht auf die Ueberlegenheit unserer Arme. Die Schiffe sind unsere besten Kampfgefährten. So, auf dem Meer soll das Meer; in das Meer hinein werden wir auf.“

„Gut“, riefen die beiden Indianer, die dem Tod schon auf dem Auge zu sehen hatten, und durchdrungen, „harrt für unsere Väterlande — und nun die Wägen her. Gut — gut! gegen die Bergleute!“ Und fort mit ihnen sie nach dem Bergwerk hin, um auf den Bergwerk den Berg zu helfen. Der Sheriff war auch der tollste Angriff vollkommen recht und wie aus der Seele gesprochen, und die Wägen, die mit reichlichem Gut und weniger Leuten auf dem Bergwerk zum Bergwerk waren, kamen es schon nicht den Kameraden gegen über. Nur Sankh, der immer noch gewillt war, sein schwebendes Gold so wohl wie sein Leben solcher Art an eine Sache zu machen, die ihm gar nicht am Herzen lag: die Erde seines Vaterlandes, hatte schon, wie er die wichtigsten Fänge aufgestellt sah, sein Gold zusammengepackt und sein Pferd herbeigeholt, und beschloß jetzt unter dem Vorwand, nach Hilfe herbei zu holen, seine eigene Hand vor allen Dingen in Sicherheit zu bringen. Der dann die Sache verlor, die, wie er recht gut wußte, nur wenig Tage dauern würde, so fand es ihm in immer fort herbei zuwenden, wo dann die von den Bergwerk herbeigeholten Wägen ein reiches Spiel für seine Tätig-

keit versprechen. Mit Sankh hatte er deshalb schon Abrede genommen, und dieser war zu dem Zweck schon früh am Morgen aufgegangen, sein Pferd zu fuchen. Was lag dem Sheriff an einem Kampf, bei dem nur Blut und kein Gold zu holen war; die Wägen sind schon, die sein erworbenes Gold zu hüten hatten; es selber ging dem Sheriff indessen aus dem Wege.

Sankh war bei der Fänge zurück und nur Gale, der Sheriff, bei ihm geblieben. Raum hatten sich aber die Ueberlegenheit gezeigt, als dieser auf seinen Vorgesetzten zugeht, dessen Hand ergreift, herzlich schüttelt und dabei sagte:

„Mein Herr — das! nicht Gott, wenn es mir nicht schmeichelt, ich ist Ihnen Unrecht getan zu haben.“

„Nicht lieber Gale —“

„Nicht wahrhaftig, Sie — ich — ich habe Sie für eine Nummer gehalten und — ich möchte mich jetzt selbst das für prägen.“

Guttes Lächeln, aber ein wehmütiger Zug umgibt doch dabei seine Lippen und er sagte endlich:

„Es gibt noch eines, lieber Gale, was mich ernst und vielleicht auch reich gekostet hat — weicher vielleicht, als ich mit Ihren Ansichten von moralischer Festigkeit vertragen möchte. Daß ich nicht wirklich feige bin, werde ich Ihnen heute beweisen.“

„Aber Ihre Frau, Sie — wenn uns noch doch — etwas Anständliches begegnen sollte.“

„Wie setzen alle in Gottes Hand, Gale“, lächelte der junge Mann, „und ich bin in dieser Hinsicht fatalist.“

„Gut — was?“ — sagte der Sheriff, „denn ein Gedanke durchs Hirn schloß, als ob das vielleicht eine neue Art von Lebensversicherung sein könnte.“

(Fortsetzung folgt.)